



Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Zaira Esposito (SP), Georg Mattmüller (SP), Béla Bartha (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

29.	Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)	2
30.	Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)	5
31.	Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö).....	8
32.	Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel).....	12
33.	Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter).....	13
34.	Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser	16
35.	Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!	16
36.	Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung.....	19
37.	Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen	22
38.	Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers	22
39.	Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel	27
40.	Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen	29
41.	Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde	30
42.	Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen	30
43.	Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken	31
44.	Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen	33
45.	Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen.....	33
46.	Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen	34

Beginn der 49. Sitzung



Mittwoch, 21. Januar 2026, 09:00 Uhr

29. Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

[21.01.26 09:00:20, 25.5572.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Unser Mitglied Erich Bucher hat uns mitgeteilt, dass er auf den 10. März aus dem Grossen Rat zurücktreten wird. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung am 11. Februar gebührend verabschieden.

Letzte Sitzung Franziska Roth

Heute ist die letzte Sitzung von Franziska Roth. Sie ist seit 2013 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied in der GPK, der Petitionskommission, der PUK Biozentrum und der IGPK UKBB. Noch Mitglied ist sie in der Disziplinarkommission und natürlich in der Bildungs- und Kulturkommission, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Franziska Roth eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns sehr herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Letzte Sitzung Andrea Elisabeth Knellwolf

Heute ist auch die letzte Sitzung von Andrea Elisabeth Knellwolf. Sie ist seit 2014 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied der Begnadigungskommission, der Spezialkommission Klima und der Bau- und Raumplanungskommission. Sie ist noch Mitglied der IGPK Rheinhäfen, der Petitionskommission, der Regiokommission, der Delegation des Oberrheinrates und der WAK, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Andrea Elisabeth Knellwolf ebenfalls eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns ebenfalls ganz herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Abgabe persönliche Vorstösse

Da das Geschäftsverzeichnis Februar bereits diesen Freitag publiziert wird, können darin nur persönliche Vorstösse abgedruckt werden, welche bis heute 12.00 Uhr dem Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte die Vorstösse jeweils auch per Mail an parlamentsdienst@bs.ch senden.

Dies waren meine Mitteilungen. Wir kommen zurück zur Traktandenliste, Traktandum 29.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Nochmals zum Ablauf. Zuerst haben wir Einzelvoten und am Schluss kann die Antragstellerin oder der Antragsteller noch das Schlussvotum halten. Ich habe Andrea Elisabeth Knellwolf als erste Sprecherin eingetragen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich möchte zum Geschäft nur etwas sagen, ich werde mit meiner Fraktion stimmen, allerdings mit etwas zwiespältigen Gefühlen, aber ich werde das tun, so ist halt die Politik und ich möchte mich vor allem hier an dieser Stelle von Ihnen verabschieden. Wie gehört, ist das die letzte Sitzung. Ich habe mich sehr über Ihren warmen Applaus gefreut. Es entspricht jetzt meiner Lebensplanung, dass ich jetzt aufhöre und ist für mich rundum stimmig. Ich bin gespannt, was jetzt kommt. Mein erstes Votum hielt ich übrigens zum Thema Sterbehilfe in Altersheimen, aber viel mehr und viel lieber erinnere ich mich an all die Babys, die hier verkündet werden konnten und ich wünsche diesen und Ihnen allen von Herzen eine gute Welt, eine gute Zukunft, alles Gute.

Ich habe mir etwas überlegt, wie ich mich bedanken kann bei Ihnen für Ihren Einsatz. Ich habe eine Nachtschicht eingelegt und habe kiloweise gebrannte Mandeln gekocht diese Nacht und die sind ungefähr so hart wie die Politik. Sie sind ungefähr gleich ungesund wie die Politik oder auch gleich gesund, je nachdem, welchen Teil der Mandeln man anschaut, und sie sollen Ihnen vor allem Freude und Energie geben, um weiterzumachen, um für Freiheit und Frieden und Entfaltung für alle zu arbeiten.

Ich danke Ihnen sehr herzlich. Kommen Sie vorbei an meinem Tisch, Sie wissen ja, wo Sie mich finden, es hat, solange es hat, und das gilt wirklich auch für die Medienschaffenden und Sie alle. Also Sie werde ich natürlich beliefern, Sie dürften ja nicht weg. Vielen Dank, das war es von meiner Seite.



Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber ohne Abtrittsrede.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte gerade sagen, Sie müssen mich noch ein bisschen aushalten. Ich möchte dieses Budgetpostulat unterstützen aus verschiedenen Gründen. Wir haben ja auch aus unserer Fraktion schon vor einiger Zeit mal den Anzug überwiesen bekommen von Ihnen, dass wir dieses Angebot ausbauen und es macht auch wirklich Sinn. Ich kann Ihnen sagen, ich veranstalte in Basel und in Zürich und in Zürich, wenn man da an der Kasse steht, dann wird man sehr oft gefragt, nehmen Sie auch die KulturLegi. Also die KulturLegi in Zürich ist total etabliert, es ist überhaupt nicht irgendwie ein Stigma, dass man diese KulturLegi hat und sie auch einsetzt und in Basel ist dieses Angebot völlig unterentwickelt. Also man kann da viel mehr machen, die Zugänglichkeit zur Kultur viel besser stärken und es ist weitaus die bessere Massnahme als diese Preispolitik, die Einzugs hält im Kanton Basel-Stadt.

Ich weiss, ich mach mich hier ein bisschen unbeliebt, aber diese Von-bis-Preise, die angeboten werden unter der Prämisse, zahl, so viel du kannst, mit der habe ich ein bisschen Mühe, weil es ist eigentlich nicht, zahl, so viel du willst, wenn man zwischen 15 und 25 Franken wählen kann, sondern es heisst, zahl, so viel du willst und oftmals in der Kultur bedeutet das dann, der Rest zahlt der Steuerzahler. Ich finde eigentlich, diese KulturLegi ist das Instrument, dass über die Prämienverbilligung gekoppelt ist, also wenn man Prämienverbilligung beanspruchen kann, kann man auch diese KulturLegi beanspruchen und bekommt dann bei diesen Veranstalter*innen, die dieses Angebot anbieten, einen günstigeren Preis. Das ist wirklich ein sehr schlaues Instrument und ich bin sehr dankbar, dass Bruno Lötscher hier das auch anerkannt hat und das Budgetpostulat einreicht. Ich möchte wirklich bitten, dass Sie das breit unterstützen von links bis ganz rechts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, die GLP hat jetzt mehrere Budgetpostulate eingereicht und unterstützt zahlreiche Budgetpostulate. Ist das die konsequente Sparpolitik der GLP, welche sie vom Regierungsrat verlangt?

Johannes Sieber (GLP): Ich weiss, Sie haben das noch nicht verstanden, aber die GLP ist eigentlich nicht für eine Sparpolitik, sondern für ein Haushalten der Gelder, die über Steuern hereinkommen. Und ich habe jetzt gerade ein Beispiel gemacht, wie wir diese Steuergelder gut einsetzen können, über diese KulturLegi und nicht einfach breit gestreut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen hier in Vertretung des Regierungspräsidenten Conradin Cramer die Haltung des Regierungsrats darlegen. Wir möchten Ihnen beantragen, das Budgetpostulat nicht zu überweisen. Seit 2019 wird das Projekt KulturLegi der Caritas beider Basel vom Kanton Basel-Stadt mit einem Staatsbeitrag gezielt gefördert. Aktuell, also in der letzten Periode 2022 bis 2025 waren das 20'000 Franken pro Jahr. Das Gesamtbudget des Projekts beträgt gemäss Jahresrechnung 2024 rund 80'000 Franken. Davon finanzieren neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland mit 10'000 Franken sowie die Christoph Merian Stiftung mit 20'000 Franken einen substanziellen Teil. Weitere Mittel werden durch spezifische Aktionen der Trägerschaft beigetragen, etwa durch Spendenaufrufe, den Weihnachtsbrief, den Beitrag Caritas Netz oder die Aktion Fair Friday. Der Regierungsrat anerkennt, dass sich gemäss den aktuellen statistischen Informationen die Nutzungszahlen der KulturLegi erfreulich entwickeln und dass dazu auch massgeblich technische Optimierungen seitens der Trägerschaft Caritas beider Basel in Zusammenarbeit mit dem Kanton, also insbesondere dem WSU beigetragen haben. Das ist insgesamt erfreulich.

Wie der Regierungsrat im Herbst 2024 in seiner Beantwortung des Anzugs von Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der KulturLegi erläutert hat, unterstützen wir auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten die private Trägerschaft der KulturLegi, diesen möglichst niederschweligen Zugang für die Anspruchsgruppen zu ermöglichen. Es ist für den Regierungsrat unbestritten, dass das Projekt KulturLegi auch für die nächste Staatsbeitragsperiode substanziell gefördert werden soll. Auch eine massvolle Erhöhung ist für uns denkbar, aber wir möchten deshalb zum jetzigen Zeitpunkt, weil diese Verhandlungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, da nicht uns eine Zahl vorgeben lassen. Dafür möchte ich Sie um Verständnis bitten und mache Ihnen beliebt, das Budgetpostulat abzulehnen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Wie mein Vorredner Johannes Sieber möchte ich das gleiche sagen, bei mir ist es auch keine Rücktrittsrede, ich bleibe auch noch. Ich bin total erschrocken, als es geheissen hat, Rücktritt des Grossrats Eric.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein spezieller Moment, so früh am Morgen mit Ihnen in Kontakt zu treten auf diese Art und Weise nach zwei Rücktritten, die tatsächlich an die Substanz unseres Rates gehen, zwei sehr verdiente Mitglieder sind dann bald nicht mehr da. Aber wir haben Gelegenheit, weiterhin Gutes zu tun und eine dieser Möglichkeiten böte sich heute mit diesem Budgetpostulat KulturLegi. Ich habe jetzt zwar gehört, dass der Regierungsrat bereit ist, das weiterhin zu unterstützen im Rahmen der Möglichkeiten, da musste ich noch etwas staunen, weil der Rahmen der Möglichkeiten ist ja im Moment 20'000 Franken. Das ist also ein relativ bescheidener Betrag, der der Kanton Basel hier beisteuert. Die CMS steuert 18'000 Franken bei, das ist enorm wichtig, und Baselland 10'000 Franken.

Worum geht es? Mit dieser KulturLegi können armutsbetroffene Menschen in diesem Kanton, aber auch im Nachbarkanton an der kulturellen Teilhabe wirklich aktiv dabei sein. Etwa 330 Organisationen und Veranstaltungen sind aktuell im Veranstaltungskalender vergünstigt aufgeführt. Für diesen bescheidenen Betrag, den wir hier bis jetzt bezahlen, gibt es Vergünstigungen von 30 bis 100% für Leute, die es wirklich nötig haben. Und jetzt, warum macht das Sinn? Wenn wir uns überlegen, wir bezahlen relativ viel für Kultur, etwa 160 Millionen gemäss Kulturleitbild 2026 bis 2031, davon etwa 96 Millionen ohne die Museen, und die andere Seite der Medaille sind natürlich die Teilnehmer an diesen kulturellen Veranstaltungen, die Leute, die da hingehen. Und wir haben halt einige Menschen in diesem Kanton mit weniger Geld und die sollen eigenverantwortlich, das ist auch eine Integrationsgeschichte, eigenverantwortlich möglichst überall dabei sein können und sind halt darauf angewiesen, dass es etwas günstiger ist. Jetzt können wir von der Caritas her, wie ich das erfahren habe, diese Leistungen in diesem Umfang von der Caritas nicht mehr erbringen, weil die Zahl der Karten, obwohl wir in Basel relativ wenig Karteninhaber im Vergleich zur Schweiz haben, massiv gestiegen ist auf fast 5'000 Teilnehmende in den letzten drei Jahren. Der Betrag ist aber gleich geblieben.

Es braucht etwa 50'000 Franken mehr schon in diesem Jahr nur an Personalkosten, um dieses Angebot aufrechtzuerhalten und die Caritas kann das nicht mehr aus eigenen Mitteln schöpfen, weil, das wissen wir alle, die Caritas ja im Wesentlichen abhängig ist von Unterstützungsbeiträgen der Kirchen und die sind ja rückläufig, da gibt es ja gewisse Probleme mit den Mitgliederzahlen, da ist nicht beliebig einfach mehr Geld vorhanden. Und wenn wir also wollen, dass diese Teilnahme weiterhin möglich ist, dann bitte ich Sie schon sehr darum, über den Schatten zu springen und mal ein Budgetpostulat zu akzeptieren, das nun wirklich sinnvoll ist, bescheiden ist und eine enorme Hebelwirkung hat, enorm viel bewirken kann.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze sagen zum Budgetpostulat. Ich habe ja gehört an der letzten Sitzung von Luca Urgese, von Joël Thüring und von Olivier Battaglia, dass das eigentlich etwas schräg in der Landschaft liege, der Garten sei ja jetzt bestellt, wurde da gesagt, in einem schönen Bild. Ich muss Ihnen sagen, da liegen Sie falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, da liegt Ihr wirklich falsch. Es ist eben so vorgesehen, budgetrechtlich, dass diese sogenannten Verschlechterungen des Budgets nicht in der Budgetdebatte stattfinden, sondern in der Januarsitzung. Das Gesetz sieht das ausdrücklich so vor, § 49 der Geschäftsordnung des Grossen Rates hat das so geregelt. Also bitte, hören Sie doch auf, die Budgetpostulate per se schlecht zu reden und zu sagen, wir schauen die gar nicht mehr an, denn wir haben das Budget ja verabschiedet. Der Gesetzgeber hat eine gescheite Lösung getroffen. Das Budget soll verabschiedet werden können in der Dezembersitzung und die Budgetpostulate, die werden halt dann in der Januarsitzung angeschaut und später dann nochmals zurückgebracht, damit das Budget wirklich durch ist.

Ich bitte Sie also, springen Sie auch von bürgerlicher Seite hier über den Schatten, unterstützen Sie das im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.



Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008163, 21.01.26 09:17:48]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, das Budgetpostulat zu überweisen.

30. Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

[21.01.26 09:17:55, 25.5573.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir haben nur Einzelsprechende, keine Fraktionssprechenden. Amina Trevisan hat sich als erstes gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat mit voller Überzeugung. Es geht um drei langjährige etablierte Quartiertreffpunkte, die in unseren Quartieren unverzichtbare Arbeit leisten. Den Treffpunkt Breite mit mobiler Altersarbeit, den Quartiertreffpunkt Wettstein «Altersgerechtes Wettstein» und den Quartiertreffpunkt LoLa mit mobiler Quartierarbeit. Bisher wurden diese Projekte aus Projektmitteln und Stiftungen finanziert. Die kantonale Finanzierung lief Ende 2025 aus und eine beantragte Überbrückungsfinanzierung wurde von der Regierung abgelehnt. Ohne zusätzliche Mittel von insgesamt 439'000 Franken müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert oder eingestellt werden. Fachpersonal ginge verloren, gewachsene Vertrauensbeziehungen würden unterbrochen, auf öffentlichen Mitteln aufgebaute Strukturen entwertet. Das wäre ein klarer Widerspruch zum Legislaturziel im Legislaturplan 2025 bis 2029, und zwar mit dem Titel «Lebenswerte Quartiere fördern und eine bedarfsgerechte soziokulturelle Infrastruktur sicherstellen». Die beantragte Erhöhung sichert die Vollkostenregelfinanzierung ab 2026. Sie gewährleistet, dass die Projekte ohne Unterbruch weitergeführt werden, dass personal- und strukturintensive Angebote erhalten bleiben und dass die Projekte aus dem Projektstatus in eine stabile Regelstruktur überführt werden. Eine dringend notwendige Planungssicherheit nach Jahren unsicherer Finanzierung.

Diese Treffpunkte sind nicht nur theoretisch wichtig, sie wirken nachweislich. Die FHNW und die HSLU haben die Projekte evaluiert. Nutzungszahlungen, Veranstaltungen, Quartier-Feedback zeigen, diese Angebote erreichen Menschen, die sonst unsichtbar bleiben, fördern soziale Teilhabe, stärken den Zusammenhang in den Quartieren und unterstützen Menschen im Alltag, die auf andere Weise kaum erreicht würden. Manche sagen, professionelle Quartierarbeit verdränge Freiwillige. Das Gegenteil ist richtig. Fachkräfte schaffen den Rahmen, in dem freiwilliges Engagement erst möglich wird. Ohne professionelle Betreuung wären genau die Menschen ausgeschlossen, die am meisten von Mitgestaltung profitieren. Kurz gesagt, dieses Budgetpostulat ist eine Investition in stabile, hochwertige soziale Strukturen. Es sichert die Fortführung bewährter Angebote, setzt den Legislaturplan 2025 bis 2029 um und stärkt die soziale Teilhabe und Nachbarschaft in Basel-Stadt langfristig.

Und zum Schluss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Erhöhung sichern wir nicht nur Franken, wir sichern Vertrauen, Kontinuität und lebendige Quartiere. Wir investieren in Menschen, die sonst niemand erreicht. Wir investieren in eine Stadt, in der Nachbarschaft, Zusammenhalt und Teilhabe nicht vom Zufall abhängig, sondern strukturell verankert sind. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion diese 439'000 Franken Erhöhung für die Quartiertreffpunkte Breite, LoLa, Wettstein ohne Wenn und Aber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Niggi Rechsteiner.



Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es mag Sie ja überraschen oder vielleicht auch nicht, dass die GLP dieses Budgetpostulat zur Überweisung empfiehlt, denn eigentlich spricht ja alles dagegen. Der Betrag ist sehr hoch oder zu hoch und die Ausführungen sind zu vage, um via Budgetpostulat gesprochen zu werden. Darum sollte die weiterführende Finanzierung der aufgeführten Projekte eigentlich von einer vorberatenden Kommission geprüft werden. Sollte die Wirkung der Projekte weiterhin gewünscht sein, scheint es uns prüfenswert, wie diese Wirkung über den Wirkungskreis der hier aufgeführten Quartiertreffpunkte oder die Projekte der Quartiertreffpunkte hinausgesichtet werden kann. Zudem erschliesst es uns auch nicht, warum sich die einen Quartiertreffpunkte diese Leistungen über Projekte «finanzieren lassen», während andere dieselbe Arbeit einfach nebenher, bisher im Normalbetrieb schon, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht haben. Gleichzeitig wissen wir aber auch aus den Quartieren, dass die hier genannten Projekte sehr wichtig sind. Die Chance auf die Weiterführung ab der nächsten Staatsbeitragsperiode ab 2028, das geht noch zwei Jahre, ist wahrscheinlich. Doch bis dahin erleiden die angelaufenen, wie man hört, erfolgreiche Projekte einen unnötigen Unterbruch. Diese Zwischenphase, die Pausierung der Projekte bedeutet Knowhow-Verlust, wir haben es gehört, Stillstand und Neuanfang dann ab 2028.

Das macht generell wenig Sinn. Ursprünglich beispielsweise wurde das LoLa vom Präsidiatdepartement angefragt, ob sie für das Gebiet Lysbüchel eine mobile Quartierarbeitsequipe betreiben könne. Für die Zwischennutzungsareale war der Bedarf gering, jedoch wurde die mobile Quartierarbeit ein wichtiger Akteur in den neuen Wohnbaugebieten. Gerade aus diesem Gesichtspunkt ist es nun schwer nachvollziehbar, dass bei den Verhandlungen, die im Ratschlag in Aussicht gestellt wurden und darauf verwiesen wurde, dass man die regulären Verhandlungen jetzt nun abwarten soll, eine Pausierung der Beiträge zur Folge hat. Anscheinend, das haben wir jetzt von Amina Trevisan gehört und das habe ich auch sonst gehört, habe die Fachhochschule das Projekt evaluiert und einen Bericht erstellt, dieser sei aber nicht öffentlich und man verfüge nicht über Kenntnisse betreffend dessen Inhalt. Es wird vermutet, dass er eine Empfehlung zur Weiterführung enthält, welche eine Überbrückungsfinanzierung rechtfertigen würde.

Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt deshalb die Überweisung des Budgetpostulats im Sinne einer Erstüberweisung. Wir wünschen uns vom Regierungsrat einen ausführlichen Bericht, der aufzeigt, warum die Wirkung dieser Projekte seiner Auffassung nach entbehrlich sind, wenn allenfalls auch nur vorübergehend, zwei Jahre Pause. Zudem wüssten wir gerne, inwiefern die Thematik von anderen Quartiertreffpunkten bearbeitet wird respektive mit welchen Massnahmen flächendeckend der Bedarf an mobiler Quartierarbeit abgedeckt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Budgetpostulat fordert die Überführung von drei mehrjährigen Projekten der Quartierarbeit in die Regelstruktur. Die mobile Quartierarbeit St. Johann des Treffpunkts LoLa, die mobile Quartierarbeit Breite und St. Alban des Treffpunkts Breite sowie «Altersgerechtes Wettstein» des Quartiertreffpunkts Wettstein. Insgesamt werden 439'000 Franken pro Jahr dafür beantragt. Die Quartierarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt gegen Einsamkeit und bietet Informationsvermittlung, Beratung und Triage bei individuellen Fragestellungen. Die mobile Quartierarbeit hat dabei in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Ergänzend zu den Quartiertreffpunkten als räumliche Angebote zielt sie darauf, Quartierbewohnende, insbesondere auch schwerere erreichbare Bevölkerungsgruppen direkt in ihrem Lebensumfeld zu unterstützen. Aufgrund der demografischen Entwicklung entstanden in den letzten Jahren zudem auch neue Angebote für Seniorinnen und Senioren.

Der Bedarf für mobile Quartierarbeit sowie der Fokus auf die Zielgruppe Seniorinnen und Senioren soll im Rahmen der nächsten Staatsbeitragsverhandlung im Jahr 2027 dann im gesamtkantonalen Kontext betrachtet und beurteilt werden. Der Regierungsrat hat deshalb die Überführung der drei Projekte in die Regelstruktur zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt und wird die langfristige Finanzierung dieser Projekte für die Staatsbeitragsperiode 2028 bis 2031 prüfen. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, auf das Budgetpostulat nicht einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Kurze Erinnerung, weil es letzte Woche war, Joël Thüring hat es schon beim ersten Budgetpostulat gesagt, die SVP lehnt alle Budgetpostulate ab, dennoch möchte ich zu diesem Budgetpostulat kurz etwas sagen. Wir haben es schon gehört, es geht um diese drei Quartiertreffpunkte, wo 439'000 Franken gefordert wird. Vielleicht zuerst eine allgemeine Bemerkung. Es wird hier jeweils Geld gefordert für Organisationen, es wird aber kein Wort darüber verloren, meistens in den meisten Budgetpostulaten, dass hier auch Drittmittel von Privaten generiert werden könnten und es wird oft auch etwas suggeriert, dass es ohne die Finanzierung des Staates nicht geht. Zitat Vorstoss: Ohne zusätzliche Mittel (hier sind natürlich die Mittel vom Staat gemeint) müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert werden. Weshalb? Man kann doch auch von anderer Quelle Mittel generieren und hier schauen, dass gute Projekte, wenn sie gut sind, lassen sich auch



die finanziellen Mittel dafür finden, die Projekte auch weiterführen. Aber hier wird wieder das Geld vom Papa Staat gefordert, hier soll der Staat das Geld rausrücken, ohne dass man hier dann einen eigenen Effort leistet. Also schon allein wegen dem müsste man dieses Budgetpostulat ablehnen.

Dann kann man aber auf diese drei Quartiertreffpunkten noch spezifisch eingehen, insbesondere hier auf das LoLa möchte ich eingehen. Mögen Sie sich erinnern an diese unsäglichen Uni-Besetzungen von der Gruppe Unibas 4 Palestine mit Sachbeschädigungen, Räumungen, Beschimpfungen und antisemitischen Vorfällen? Genau diese antisemitische Gruppierung führte mehrfach Propagandaveranstaltungen mit extremistischen Inhalten genau in diesem LoLa durch. Prime News hat das aufgedeckt, Zitat Prime News: Die Veranstaltungen, darunter Filme und Vorträge mit antiimperialistischen und pro palästinensischen Inhalten richten sich laut Experten möglicherweise gezielt an Jugendliche, um sie zu radikalieren. Zitat Ende. Das LoLa sollte neutral sein, das musste aufgedeckt werden. Mehrfach wurden dort diese Veranstaltungen durchgeführt, nicht nur einmal. Sollen wir für das Steuergelder ausgeben, für so etwas, das unterstützen? Es ist absolut richtig, wenn man an das denkt, dass wir hier so etwas nicht unterstützen und ich denke, der Regierungsrat weiss schon, warum er hier das Geld nicht gesprochen hat.

Auch beim Quartiertreffpunkt Wettstein habe ich etwas recherchiert und auch dieses Projekt nachgeschaut. Man hat verschiedene Zahlen gefunden, wie teuer das Projekt ist oder war, ob das über ein oder mehrere Jahre war, aber um die 100'000 Franken war das Projekt über mehrere Jahre, zwei, drei Jahre. Hier werden jetzt aber 150'000 Franken gefordert. Auch hier habe ich mich gefragt, weshalb. Ich konnte es leider nicht herausfinden anhand der öffentlichen Quellen, aber auch hier scheint es mir, dass man die vollständige Finanzierung dieses Projekts eben wieder nicht über Drittmittel, sondern direkt komplett und vollständig über den Staat finanzieren lassen möchte. Sie sehen also, es gibt einige Gründe, abgesehen von den allgemeinen, dass man Budgetpostulate ablehnt, dieses spezifische Budgetpostulat abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Vielen Dank für die Annahme der Frage. In meinem Votum habe ich aber sehr wohl darauf verwiesen, dass auch Stiftungen die Quartiertreffpunkte finanzieren. Aber meine Frage lautet, sind Sie mit mir einig, dass die Quartiertreffpunkte in Basel unverzichtbar sind für Basel?

Laetitia Block (SVP): Ich glaube, es ist gut, wenn es solche Projekte gibt. Unverzichtbar, ich bin etwas sparsamer mit dem Wort wahrscheinlich als Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Antragsteller Laurin Hoppler hat das Wort.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat schreibt in seinem Legislaturplan, dass sie lebenswerte Quartiere fördern wollen und das Zusammenleben stärken. Das ist ein Legislaturziel, das gerade in heutigen Zeiten eine hohe Bedeutung hat und dafür brauchen wir eine funktionierende soziokulturelle Infrastruktur und diese ist zentral. Und eine von den wichtigsten Rollen einer solchen Struktur spielen da die Quartiertreffpunkte und ihre Projekte und Angebote, welche sie ausführen in unserer Stadt. Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Drei bewährte Quartiertreffpunkte mit ihren Projekten verlieren dieses Jahr die kantonale Finanzierung. Und sie werden nicht nur kantonal finanziert, sie bemühen sich auch um Drittmittel und haben auch bereits Drittmittel. Die Projekte sind teils seit Jahren im Projektstatus, zusätzlich zu den Staatsbeiträgen, die die Quartiertreffpunkte bekommen, und mittlerweile tragen sie massgeblich zur Regelstruktur dieser Treffpunkte bei.

Zum Beispiel die mobile Quartierarbeit vom Treffpunkt Breite bringt eigentlich den Treffpunkt direkt ins Quartier. Ein Team ist da regelmässig unterwegs, zu Fuss oder mit einem Cargovelo, informiert an öffentlichen Orten und organisiert Angebote, die nicht nur immer an einem Ort stattfinden, sondern auch an verschiedenen Orten. In einem Quartier zum Beispiel wie dem St. Johann, wo die mobile Quartierarbeit St. Johann arbeitet, eigentlich so wie eine Aussenstation des Quartiertreffpunkts LoLa, das ist ein Quartier, das über 1'000 neue Bewohnende hat, sich stark weiterentwickelt und da ist es umso wichtiger, dass wir diese Angebote haben, welche eben von Anfang an dieses Zusammenleben im Quartier unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stärkt und unterstützt. Das Projekt «Altersgerechtes Wettstein» ist auch ein Projekt, das die Arbeit zu den älteren Menschen bringt, also direkt dorthin geht, wo diese Menschen sind. Das ist wichtig für Menschen, die vielleicht nicht die Möglichkeit haben, direkt zu einem Angebot zu gehen. Und so werden eigentlich Senioren und Seniorinnen unter anderem auch abgeholt und unterstützt, dass sie am Quartieralltag ganz normal wie alle anderen teilnehmen können.



Und jetzt kommt der gemeinsame Nenner dieser Projekte, sie stecken alle in der finanzpolitisch gleichen Situation, weil alle drei vom Regierungsrat eine Überbrückung beantragt haben. Diese versprochenen Neuabsprachen haben stattgefunden, doch sie sind beim Regierungsrat abgeblitzt und wurden eigentlich einfach mit einer späteren Aufnahme in Aussicht gestellt und die wäre halt erst 2028. So kann man vielleicht Finanzpolitik machen, aber ein Quartier funktioniert nicht dementsprechend. Ein Quartier ist immer in Entwicklung und man kann es nicht zwei Jahre einfrieren und dann plötzlich wieder auftauen und alles geht weiter, wie es vorhin aufgebaut wurde über längere Zeit. Diese unnötige Lücke möchte ich mit diesem Budgetpostulat schliessen. Wenn wir das nicht machen, dann müssen die Angebote abgebaut oder eingestellt, verkleinert werden, es geht Fachwissen verloren und kurz gesagt, wir entwerten genau diese Strukturen, die der Kanton mehrere Jahre mitfinanziert hat.

Darum ist dieses Budgetpostulat eigentlich sehr simpel. Wir unterstützen hier drei Projekte, nicht, weil sie keine Finanzierung mehr haben, weil sie schlecht funktionieren oder schlecht organisiert sind oder kein Bedarf besteht, sondern einfach, weil sie in einem Projektstatus hängengeblieben sind und jetzt eigentlich der Realität nach bereits eine tragende Funktion in der soziokulturellen Infrastruktur einnehmen und im Regelbetrieb sind. Ich bitte Sie auch darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und auch damit zu verhindern, dass soziokulturelle Infrastruktur entwertet wird in unserer Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008165, 21.01.26 09:38:45]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 59 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö)

[21.01.26 09:38:51, 25.5574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Daniel Seiler hat sich gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Sie wollen hier entgegen der Empfehlung des Regierungsrats, des Nationalrats und auch der betroffenen SBB einen Nachtzug durchdrücken. Ich frage, haben Sie einmal einen Realitätscheck gemacht, haben Sie einmal über die Bedürfnisse dieses Nachtzugs Abklärung getroffen, das Ganze angeschaut? Die NZZ hat es gemacht und hat mit Anbietern von Nachtzügen in Europa gesprochen. Der eine Nachtzugesanbieter heisst Snälltåget oder so, ich bin kein Schwede, das Unternehmen würde zwischen Basel und Malmö keine Verbindung von Nachtzügen anbieten. Das Unternehmen führt aus, dass es möglicherweise Bedarf gibt von Basel nach Malmö, in die andere Richtung scheint es keinen Bedarf zu geben. Die Schweiz wird hier als zu teuer angeschaut, wenn schon Verbindungen in grössere Hauptstädte



müssten in Kombination stattfinden. Das andere befragte Unternehmen kommt aus der Niederlande, heisst European Sleeper. Da meint man, dass alleine die leicht degressiv angesetzte Subvention zeige, dass es hier nicht um eine Anschubfinanzierung handeln kann, sondern eben, dass es eine dauernde Subventionierung brauchen würde. Der Chef von dieser Firma European Sleeper ergänzt dann auch noch, wer so viel Geld erhalte wie die Betreiber der Linie, der müsste fast keine Tickets mehr verkaufen. Ich bitte Sie also, verzichten Sie auf diese Überweisung des Budgetpostulates, weil das Angebot eigentlich keinem Bedürfnis entspricht und wir uns wirklich in Zukunft solche Symbolpolitik für 10 Millionen bald wirklich nicht mehr leisten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Es sollte nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen. Deswegen und weil die SBB klar machte, dass selbst bei einer Finanzierung der Nachtzug nicht mehr wie geplant im April zustande kommen würde, ist die SP auf offen. Es sollte wirklich nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen, doch es ist schon alarmierend, wie der Bund sich über das CO₂-Gesetz hinwegsetzt, das explizit die Förderung von Nachtzügen beinhaltet. Generell sollte es das Ziel sein, alternative Reisemöglichkeiten zu dem extrem emissionsstarken Flugzeug anzubieten.

Obwohl das revidierte CO₂-Gesetz eigentlich bis zu 30 Mio. Franken jährlich für die Förderung von Nachtzügen vorsieht, wurden nur 10 Millionen veranschlagt und nun auch diese Förderung gestrichen. Das eingesparte Geld kommt aber nicht dem Bundeshaushalt zugute, sondern wird für die Förderung von nachhaltigem Flugtreibstoff verwendet. Nun sollen die gesamten öffentlichen Gelder den Airlines zugutekommen und die Nachtzüge gehen leer aus. Die Flugtickets können so weiterhin günstig gehalten werden. Ich frage Sie, Daniel Seiler, ist da nicht auch eine Dauersubventionierung vorhanden, von der Sie so Angst bei Nachtzügen haben?

Die Schweizer Politik trägt jedoch eine Verantwortung und wir haben das Pariser Klimaabkommen und in Basel die Netto-Null-Strategie. Es kann nicht sein, dass diese Verantwortung und Abkommen nicht wahrgenommen werden und dass das Geld, das reserviert ist für Massnahmen im Verkehr, nicht auch für Nachtzüge eingesetzt wird. Ich kann das Vorgehen in Bern nicht nachvollziehen. Ich war vorletzten Sommer selbst in Malmö, mit dem Nachtzug nach Hamburg und dann weiter via Kopenhagen nach Malmö. Ich kann Ihnen sagen, ich wäre froh um einen direkten Nachtzug gewesen. Ich hatte nicht nur eine Woche zur Verfügung, sondern mehr Zeit, aber Zugausfälle und Wartezeiten beim Umsteigen erschwerten die Reise sehr. Zudem haben andere nicht so viel Zeit und wären sehr froh, eine Alternative zur Flugverbindung zu haben.

Es kann nicht sein, dass die beschlossene Nachtzugförderung nicht umgesetzt wird. Die SP spricht sich klar für die Förderung von Nachtzügen aus. Dies sollte eigentlich auch das Bundesparlament tun. Ob das vorliegende Budgetpostulat das richtige Instrument dafür ist, kann man hinterfragen. Auch die Höhe des Betrags dieses Budgetpostulats ist beträchtlich. Ein Anzug der SP wurde letzte Woche eingereicht, der die Förderung des internationalen Zugverkehrs fordert. Das Budgetpostulat ist also nicht alleine auf weiter Flur.

Meine persönliche Meinung ist abschliessend, wenn es also die in Bern nicht hinkriegen, dann müssen die Städte das zusammen regeln. Das heisst nicht, dass dies künftig zur Regel wird. Basel wäre Ausgangsbahnhof dieser Strecke, das betrifft uns und unsere Bevölkerung direkt. Das Signal an unsere Bevölkerung, dass der Grosse Rat zwar eine Resolution nach Bern schickt, aber nach dem Scheitern bei der Möglichkeit der Finanzierung andere Städte wie Zürich, Lausanne, Genf oder Bern potenziell einspringen lässt, fände ich schwierig. Wir haben es hier und jetzt in der Hand, ob es noch eine Chance gibt, dass dieser Zug an unserem Bahnhof losfährt oder nicht. Wenn der Innovationsfonds von 300 auf 400 Millionen aufgestockt wird, dann scheint es unseren Finanzen gut zu gehen. Wir können uns entsprechend die maximal 10 Millionen leisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Teilen Sie nicht auch die Meinung, dass die Investition in Forschung und Entwicklung von nachhaltigem Benzin nachhaltiger wäre am Ende des Tages wie die Subventionierung von einem Zug?

Leoni Bolz (SP): Ich denke, es braucht beides und es ist nicht sinnvoll, das Fliegen zu subventionieren, ohne dass es Alternativen gibt, die emissionsärmer sind.



Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte das einmal einordnen. Obwohl ich ein Zugfahrer bin, muss ich jetzt einmal sagen, dass das eine Minderheit ist, die es betrifft. Das Zugticket nach Malmö kostet 300 Franken, der Flug kostet 100 Franken. Es ist klar, jeder will sparen, keiner verschenkt 200 Franken, darum nehmen nur 0,5% den Zug. Es ist kein Prozent, das den Zug nimmt. 10% fahren mit dem Auto nach Malmö, 89,5% nehmen das Flugzeug und 0,5% nehmen den Zug. Und das sind einfach die Zahlen, die man sehen muss und ich verstehe wirklich nicht, warum ich seit Wochen und Monaten immer das mit diesem Nachtzug lese. Ich erinnere mich, als ich die Lacher auf meiner Seite hatte, an Johannes Barth, der nette Grossrat, als ich gesagt habe, ich möchte wieder den direkten Zug nach Moskau. Das ist etwas, das man dann wieder bringen könnte. Aber leider gibt es meine Lieblingsspartei PdA, Partei der Arbeit, nicht mehr, die hätten meinen Antrag und meine Rede jetzt auch unterstützt und gesagt, Eric Weber hat recht, wir wollen den Nachtzug Basel-Moskau wieder.

Balz Herter, Grossratspräsident: Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt dieses Budgetpostulat, aber mit einigen Vorbehalten. Wenn wir Klimaziele ernst nehmen, brauchen wir Angebote, die Flüge ersetzen. Ein Nachtzug von Basel nach Malmö ist daher eigentlich ziemlich wichtig, weil er wirklich eine Alternative zum Flug darstellt. Basel als Grenzstadt ist ein wichtiger Verkehrsknoten, daher passt dieser Zug zu Basel auch umso mehr. Gleichzeitig sagen wir aber auch, wir finden es eigentlich falsch, wenn Kantone nationale oder internationale Bahnverbindungen mit kantonalen Geldern retten müssen. Diese Aufgabe ist eigentlich beim Bund. Warum unterstützen wir es dann trotzdem? Wir haben das diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir ein bewusstes Signal senden möchten von Basel nach Bern, weil diese Verbindung wichtig ist und auch verkehrspolitisch eine hohe Bedeutung für Basel als europäische Stadt hat.

Aber wenn wir hier einfach 10 Millionen sprechen, dann sicher nicht einfach so, sondern für uns braucht es klar Bedingungen, und zwar muss klar sein, für was das Geld ist und welche Leistungen damit gesichert sind. Es darf sich nicht um eine Dauersubvention handeln, das ist nicht das Ziel, sie ist befristet und es soll die Möglichkeit geben zu zeigen, dass dieses Angebot funktioniert und dass dieses Geld gut investiert ist. Der Bund muss in die Pflicht und wir möchten damit auch ein Stück weit Druck ausüben und zeigen, dass national diese Finanzierung unterstützt wird zukünftig und das ist wirklich eine Notlösung.

Unter dem Strich sagen wir, dass wir dem auch aus klimapolitischen Gründen zustimmen, aber wie gesagt, mit einem offenen Auge und es soll wirklich nicht zur Normalität werden, dass der Kanton Aufgaben, die der Bund hätte und nicht wahrnimmt, unterstützt. Daher bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Herr Hoppler, Ihre Bedingungen finden sich nicht im Wortlaut dieses Budgetpostulates. Wie wollen Sie diese durchsetzen?

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe bei diesem Anliegen eigentlich auch das Vertrauen, dass der Regierungsrat, der ja jetzt einen Bericht erstellen muss über dieses Budgetpostulat, dem nachgehen wird und diese Bedingungen sicher klären wird. Dementsprechend, wie sie auch schon bundesweit gefordert wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Antragstellerin Patrizia Bernasconi hat das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das Bundesparlament hat die Subventionen für den Nachtzug nach Malmö gestrichen. Die Begründung war sehr vereinfacht und zugespitzt, zu teuer für den Nachtzug, also subventionieren wir weiter die Flüge. Doch für mich lautet die entscheidende Frage nicht, ob 10 Mio. Franken viel Geld sind, sondern was ist langfristig wirklich teurer, 10 Mio. Franken oder jahrzehntelang Flüge zu subventionieren, die unser Klima belasten und Basel im europäischen Bahnnetz schwächen? Vergleichen wir diesen Betrag doch mit anderen Infrastrukturprojekten. Ein einziger Kilometer Autobahnausbau, etwa auf der A2 bei Basel, kostet bis zu 50 Mio. Franken. Wollen wir ernsthaft sagen, dass uns das Klima weniger wert ist?



Ein Nachtzug von Basel nach Malmö verursacht bis achtmal weniger CO₂-Emissionen als ein Flug. Trotzdem nimmt der Flugverkehr nach Skandinavien weiter zu. Rund 50 Flüge pro Woche verbinden die Schweiz mit Nordeuropa. Jeder einzelne davon belastet das Klima erheblich. Mit einem Nachtzug können wir konkret handeln. 2'100 Passagiere pro Woche könnten von der Luft auf die Schiene verlagert werden. Jeder einzelne spart hin und zurück rund 500 Kilogramm CO₂ im Vergleich zum Flug. Ein Nachtzug ist deshalb eine realistische, sofort wirksame Massnahme.

Doch es geht nicht nur um Klimapolitik, es geht auch um Basel als attraktive, gut vernetzte Stadt und um unseren Tourismus. Nicht ohne Grund wollte ich diese Mittel ursprünglich beim Präsidentsdepartement genau bei der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing ansiedeln. Stellen Sie sich vor, zwei ESC-Städte, eine direkte Verbindung, Malmö 2024, Basel 2025. Ein Nachtzug zwischen diesen beiden Städten wäre ein starkes Symbol und ein echter PR-Gewinn. Wir würden gezielt junge, weltoffene und klimabewusste Gäste anziehen. Skandinavische Touristinnen und Touristen sind bekannt für ihre hohe Kaufkraft und ihre Affinität zu nachhaltigem Reisen. Warum sollen wir ihnen nicht den einfachsten Weg nach Basel bieten?

Ein weiteres Argument ist mir besonders wichtig. Europa investiert derzeit Milliarden in neue Bahnverbindungen, neue Nachtzugkorridore, neue Tunnel, neue Direktverbindungen und die Schweiz droht dabei an den Rand gedrängt zu werden. Basel ist das Tor der Schweiz nach Nordeuropa. Wenn wir hier schwache internationale Verbindungen haben, verlieren wir unsere zentrale Rolle im europäischen Bahnnetz. Wenn das Bundesparlament diese strategische Bedeutung nicht erkannt hat, dann müssen wir selber Verantwortung übernehmen. Die Nachfrage war da, die Tickets wurden bereits verkauft.

Jetzt aber zum Einwand, dass das Angebot nicht mehr besteht und die SBB diese Tickets bereits zurückerstattet hat. Auch dafür gibt es Lösungen und da bin ich eigentlich auch mit den Grünen einverstanden. Diese 10 Mio. Franken können als Anschubfinanzierung dienen und die ersten ein bis zwei Betriebsjahre absichern, um der SBB klar zu signalisieren, Basel steht hinter diesem Projekt. Ergänzend könnte sich Basel zeitlich begrenzt an den Betriebskosten beteiligen und weitere Städte für eine Kofinanzierung gewinnen. Das ist in diesem Budgetpostulat explizit vorgesehen, zumal in anderen Städten ähnliche Vorstösse eingereicht wurden oder noch werden. Das Risiko ist überschaubar, der Nutzen gross und, ich sage es nicht gerne, es gibt auch andere Anbieter als die SBB. So übernimmt beispielsweise die schon erwähnte European Sleeper die Linie Paris-Berlin, die die ÖBB eingestellt hat, und die SBB hätte die Leistung so oder so an die Firma RDC Deutschland übergeben.

Ist ein Budgetpostulat das richtige Instrument? Für mich ja. Es erteilt den politischen Auftrag, Lösungen zu prüfen und vorzulegen. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, in zwei Monaten einen Bericht vorzulegen. Also diese Mittel könnten auch als Defizitgarantie eingesetzt werden, wenn man es will, und ich bin der Meinung, rechtlich gesehen ist dieses Budgetpostulat beim Globalbudget richtig gesetzt. Es gibt die gesetzliche Grundlage dafür.

Meine Damen und Herren, 10 Mio. Franken sind viel Geld, aber was wir heute entscheiden, ist mehr als eine Budgetfrage, es ist auch eine strategische Frage. Ich bin auch der Meinung, dass der Bund zuständig ist, aber wenn der Bund nicht bereit ist, diesen Schritt zu gehen, dann sollte Basel den Mut haben, voranzugehen. Wir sollten nicht Forderungen an den Bund stellen, sondern selber auch handeln. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie diesen 10 Mio. Franken zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Ebi. Diese wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Die Zwischenfrage ist ganz einfach. Ich habe immer noch nicht verstanden, warum es ausgerechnet Malmö sein muss. Stockholm, Helsinki, da gibt es ja noch viele andere Städte.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das war, was im Bundesparlament diskutiert worden ist, das war diese Verbindung und 10 Mio. Franken waren diese Gelder, die damals hätten gesprochen werden sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung



40 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008167, 21.01.26 09:58:08]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 55 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

32. Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)

[21.01.26 09:58:15, 25.5575.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Heidi Mück hat das Schlusswort.

Heidi Mück (BastA): Ich hoffe, das ist kein schlechtes Zeichen, dass es zuerst vergessen wurde und jetzt sich niemand meldet. Ich hoffe, es flutscht in dem Fall durch, dieses Budgetpostulat. Ich habe es schon beim Text bei der Einreichung ziemlich ausführlich begründet, dies, weil die Sachlage doch ziemlich komplex ist und ich auch länger recherchieren musste, um überhaupt durchzublicken.

Auslöser war, dass ich im Oktober, November 2025 von Lehrpersonen erfahren habe, dass es kaum mehr Angebote der Naturpädagogik für Basler Schulen im Jahr 2026 gibt. Diese Angebote sind aber sehr beliebt und bringen auch viel. Es war dann ziemlich aufwendig herauszubekommen, was hier schiefgelaufen ist. Vielleicht werde ich der Komplexität der Situation nicht ganz gerecht, aber nach meinem Verständnis lief es tatsächlich so, dass die naturpädagogischen Angebote bis 2024 zu einem grossen Teil beim ED bei der Prävention beheimatet waren, dann wurden sie zum Amt für Wald und Wild transferiert mit der Absicht, diese Angebote zu bündeln und zu stärken. Da die Präventionsangebote im ED ja nicht so üppig ausgestattet sind, wurden diese naturpädagogischen Angebote zwar transferiert, aber nicht mit den dafür notwendigen Finanzen ausgestattet und so kam es, dass das Amt für Wald und Wild 2025 eingesprungen ist und aus eigener Tasche einige Angebote finanziert hat. Die Finanzierung ist jedoch nicht gesichert und es stehen nicht einmal die ursprünglich, also bis 2024 finanzierten Angebote zur Verfügung.

Deshalb also der Unmut der Lehrpersonen. Die naturpädagogischen Angebote sind nicht umsonst so beliebt. Die Kinder und Jugendlichen lernen bei diesen praktischen Naturerlebnissen nicht nur komplexe ökologische Zusammenhänge kennen, sondern erleben die ganze gesundheitsfördernde Wirkung eines Aufenthalts in der Natur, zum Beispiel Stressminderung, Konzentrationsförderung, Beruhigung und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Klar gibt es auch Lehrpersonen, die selbst mit ihrer Klasse in die Natur gehen, doch längst nicht alle trauen sich das zu. Sie profitieren auch gerne vom Expert*innenwissen der Naturpädagog*innen.

Wenn Sie dem Budgetpostulat zustimmen, ermöglichen Sie im 2026 rund 70 Schulklassen von Basel-Stadt ein halbtägiges naturpädagogisches Erlebnis. Damit wäre das Angebot wieder auf dem gleichen Stand wie 2024. Und die verschiedenen Player hätten Zeit, in Ruhe mal zusammensitzend und eine nachhaltige Finanzierung auf die Beine zu stellen. Ich bitte Sie deshalb, das Budgetpostulat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.



Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008169, 21.01.26 10:02:42]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 60 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)

[21.01.26 10:02:47, 25.5576.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA unterstützt das Budgetpostulat für den Erhalt des Therapieplatzes am Felix Platter-Spital und wundert sich über das kurzsichtige Knausern fast aller bürgerlichen Parteien in der Gesundheitsbehandlung von älteren Menschen. Ich gehe mal davon aus, dass nicht wirklich nachgedacht oder gerechnet wurde, sondern halt das ideologische Mantra, dass alle Budgetverschlechterungen per se abzulehnen sind, Ihren Entscheid beeinflusst hat. Eine solche Verweigerungshaltung ist in diesem Fall sehr schade, aktuell hat das Felix Platter-Spital eben noch ein Therapiebad. Wenn der Betrieb eingestellt und allenfalls das Bad dann rückgebaut wird, kostet es einiges mehr, wenn dann nach fünf Jahren ein solches Bad wieder dringend zu haben wäre. Und dies könnte durchaus ein Szenario sein, denn es ist ja logisch, es gibt sehr viele gute Gründe für ein Therapiebad im Felix Platter-Spital und somit auch für die Überweisung des Budgetpostulats.

Zuallererst ist Schwimmen und Bewegung im Wasser für ältere Menschen eine sehr etablierte und wertvolle Therapieform und Gesundheitspräventionsmassnahme. Schwimmen ist gelenkschonendes Kernkörpertraining, stärkt den Herzkreislauf und verbessert die Gehirnfunktion, was das Alzheimer-Risiko senkt. Schwimmen ist die Sportart, die bis ins hohe Alter empfohlen werden kann. Es macht also überhaupt keinen Sinn, ein bestehendes Therapiebad bei der Universitären Altersmedizin aufzugeben.

Das UAFP und die Universität Basel haben als Zielsetzung den Aufbau eines Campus für gesunde Langlebigkeit und wollen bei der Universitären Altersmedizin Innovation und Forschung voranbringen. Ebenso besteht ein Lehrstuhl für Geriatrie an der Universität. Ein Campus voranzubringen und gleichzeitig ein Therapiebad einsparen ist nicht wohl überlegt und erst recht nicht, das wissen wir, dass es an Schwimmflächen in Basel, besonders im Grossbasel West sowieso fehlt, also gibt es wirklich keinen guten Grund, dies zu tun.

Aber ich gebe Ihnen auch noch einen finanz- und gesundheitspolitischen Grund für die Überweisung dieses Budgetpostulats. Vor einem Monat haben wir hier im Grosse Rat jährlich 64 Mio. Franken an GWL für die Basler Spitäler gesprochen. 64 Mio. Franken, und wenn ich die Beiträge für das UAFP richtig zusammengezählt habe, werden rund jährlich 2,5 Mio. Franken GWL ans Felix Platter-Spital geleistet. GWL müssen ein öffentliches Interesse bekunden, vom Kanton also bestellt werden und im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stehen und zweckgebunden sein. Die Fortführung des Therapiebads kostet gemäss Budgetpostulat 282'000 Franken. In Anbetracht der Grössenordnung zu den GWL ist dies ja fast schon ein lächerlicher Betrag.

Nun stellt sich die Frage, hat das UAFP, also das Felix Platter, das Therapiebad als GWL bestellt, vielleicht, wir wissen es aber nicht ganz genau, aber zumindest hat das Felix Platter auch mehr bestellt, als sie schlussendlich an GWL erhalten haben. Falls das Felix Platter darauf verzichtet hätte, wäre dies auch ein schlechtes Zeichen und Ausdruck, dass aufgrund des Kostendrucks nur noch Sachen bestellt werden, die irgendwie einen Impact auf abrechenbare Leistungen haben. Falls der Antrag für das Therapiebad gestellt wurde und dieser Punkt nicht aufgenommen wurde, ist dies auch nicht



nachvollziehbar. Die Kosten für den Betrieb eines Therapiebads sind meines Erachtens eben genau typische GWL und sollten in diesem Rahmen finanziert und nicht via Budgetpostulat eingefordert werden müssen.

Dieses Bad jetzt aufzugeben und dann nach fünf Jahren dem Bad nachzutruen, macht wirklich keinen Sinn. Eine Universitäre Altersmedizin und ein Campus für Langlebigkeit mit eigenem kleinen Therapiebad ist kein Luxus, sondern wahrscheinlich einfach Standard, der in Zukunft wichtig ist und jetzt verankert werden muss. Also hier zu sparen, macht nun wirklich aus gesundheitspolitischer Sicht überhaupt keinen Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Auf der Redner*innenliste, wie es original wäre, hätte Stefan Wittlin das Wort.

Stefan Wittlin (SP): Auch die SP-Fraktion möchte dieses Budgetpostulat überweisen. Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für diese interessante Argumentation, die ich vor allem als gesundheitspolitische Argumentation verstanden habe und ich möchte ein paar Ergänzungen machen, die ich eher als quartierpolitisch verstehe.

Das Schwimmbad im Felix Platter-Spital existiert seit dem Neubau und wurde im April 2019 eröffnet. Wenn ich richtig informiert bin, ich habe das nur vom Hören sagen, brauchte es damals dieses Bad für eine Zertifizierung als Rehaklinik. Nun offensichtlich ist der Bedarf nach einer Therapienutzung nicht so da, wie es geplant gewesen ist und diese sechs Jahre junge Infrastruktur wird offensichtlich kaum benützt. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann diese wertvolle Infrastruktur vernichten oder man kann sie weiter nutzen und weiter nutzen heisst eben nicht nur, dass da Therapienutzungen unbedingt stattfinden müssen, sondern das wäre eben auch interessant für das Quartier. Der Bedarf ist da, ich denke zum Beispiel an Altersorganisationen, die dieses Bad gut und dringend nutzen könnten. Ich kann mir vorstellen, dass auch Kinder- oder Babyschwimmkurse da drin möglich sind. Vielleicht nicht unbedingt Unterricht für Schulklassen, über diesem Thema werden wir uns im letzten Traktandum dieser Sitzung nochmals unterhalten.

Ich danke Ihnen für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das vorliegende Budgetpostulat will niederschwellige und bezahlbare Schwimmangebote sichern, indem eben das bestehende Therapiebad am Felix Platter-Spital weiter genutzt werden soll. Das klingt ja sympathisch, allerdings ist es aktuell so, dass der Weiterbetrieb des Therapiebads an der Universitären Altersmedizin Felix Platter nach deren eigener Beurteilung keinen Sinn macht. Das Bad wird intern kaum noch genutzt, es ist aus therapeutischer Sicht nicht erforderlich, es verursacht hohe Kosten im Betrieb. Deshalb haben die Verantwortlichen des Spitals den Betrieb eingestellt. Und wenn man gesundheitspolitisch jetzt das kritisiert, dann glaube ich, macht man sich ein bisschen Illusionen über das, was effektiv Geriatrie und Altersmedizin in einem universitären Spital heute ist. Man darf sich davon keine jugendlich romantische Vorstellung machen. Die Patientinnen und Patienten, die stationär dort sind, die sind zu krank, zu schwach, zu fragil, um ein Bad gewinnbringend nutzen zu können. Das ist die Einschätzung des Spitals. Ich glaube, da müssen wir schon so realistisch sein und diese auch ernst nehmen.

Und nun versucht das Spital Nebennutzungen, Drittnutzungen anzubieten, dem verschliesst sich das Spital ja überhaupt nicht, das ist bisher allerdings noch nicht zustande gekommen. Es gibt so Interessenmeldungen beispielsweise von Schwimmschulen, auch anderen möglichen Nutzerinnen und Nutzern, aber eine verbindliche Zusage sozusagen eben auch eine Miete, die dann auch das Zahlen abdecken müsste, ist noch nicht zustande gekommen. Jetzt möchten Sie das Geld ja dem Gesundheitsdepartement zusprechen, damit wir das dann dem Spital weiterleiten als gemeinwirtschaftliche Leistung. Damit würden wir aber ja nicht Schwimmkurse für Babys finanzieren sollen, nehme ich an, das würde keinen Sinn machen, sondern wenn wir das Geld als gemeinwirtschaftliche Leistung für ein Spital einsetzen, dann muss es therapeutische Zwecke haben und die erfüllt es aktuell eben nicht mehr. Wenn es andere Nutzungsmöglichkeiten gibt, dann verschliessen wir uns dem überhaupt nicht, dann müsste aber auch die Finanzierung von dieser neuen Nutzerseite her gedacht und konzipiert werden.

Deshalb bitte ich Sie um Verständnis, dass wir das Budgetpostulat nicht entgegennehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen

Daniel Seiler (FDP): Man redet jetzt davon, dass man dieses Bad nicht mehr braucht, was sind denn die Gründe? Das Spital ist ja nicht wirklich alt.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Patientinnen und Patienten sind in einem Alter- und Gesundheitszustand mehrheitlich, wo es keinen Sinn macht für sie, wo sie überfordert sind, wenn sie in ein Schwimmbad gebracht werden. Ich glaube, das ist der medizinische Hintergrund. Wir sind doch älter im Durchschnitt der Patientinnen und Patienten, wir reden hier von spezialisierter Geriatrie, also Altersmedizin, wir reden über hochbetagte Patientinnen und Patienten und da hat sich gezeigt, ist dieses Therapiebad kein passendes Angebot mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller als Postulant.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bitte Sie, das Budgetpostulat zu überweisen. Das Schwimmbad im UAFP wurde ja tatsächlich vor nur ganz wenigen Jahren eingebaut und es diente seither als eine wesentliche Einrichtung für die Gesundheitsversorgung, es erfüllte Aufgaben, die sowohl medizinisch damals als auch gesellschaftlich von hoher Bedeutung sind. Für ältere, kranke und beeinträchtigte Menschen ist die Bewegung im Wasser ein wertvoller Beitrag zu einer besseren Lebensqualität. Davon zeugen auch die zahlreichen Angebote von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel Pro Senectute. Ein Auszug aus ihrem Angebot zeigt es deutlich, Aqua Fit, Aqua Power, Aqua Gym, Aqua noch viele andere mehr.

Das ist auf dieser Seite des Altersspektrums, aber auch am anderen Ende des Altersspektrums, für die Jungen und Jüngsten ist ein Bad wie dasjenige im UAFP eben sehr wichtig. Kinder lernen hier sicher schwimmen und das ist eine grundlegende Fähigkeit, welche Leben retten kann. Die Mutter-Kind-Schwimmkurse, Eltern-Kind-Schwimmkurse, Kinder-Schwimmkurse, die angeboten werden, zeigen, dass das Angebot geschätzt wird. Die Aufzählung ist natürlich mitnichten nicht abschliessend, es lassen sich noch viele weitere Möglichkeiten vorstellen, denken wir nur gerade an Physiotherapeuten, welche Aquatherapien anbieten könnten. Sinn des Weiterbetriebs des Bades ist es also, nicht diese Therapie der Spitalpatienten weiter zu fördern, sondern das Schwimmen, das Lernen, das Praktizieren, das sich erholen, das Schmerzen lindern weiter zu ermöglichen.

Der Betrieb dieses Bades erfordert Leistungen, welche von aussen nicht sichtbar sind. Bisher wurden diese vom UAFP im «Hintergrund» finanziert, zum Beispiel die Haustechnik, und das UAFP bestätigte mir persönlich im Gegensatz zur Aussage von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass es eben doch sehr interessiert sei an einem Weiterbetrieb dieses Bades und es steht hinter diesem Postulat.

Wie ich ausgeführt habe, besteht ein Bedarf und ein Interesse an einem Bad gerade in einem Quartier, welches mit Schwimmmöglichkeiten für die Jungen und Jüngsten und für die Älteren und Ältesten nicht gesegnet ist. Es muss ein Weg gefunden werden, dieses Bad bestehen zu lassen, bis ein Betriebs- und ein Finanzierungskonzept gefunden ist, um einen langfristigen Betrieb aufrechterhalten zu können und ein solches Konzept kann im 2026 erarbeitet werden. Das wurde mir von mit der Sache vertrauten, wie auch mit der Sache beruflich eng verbundenen kompetenten Personen so bestätigt. Gerade für die älteren und eingeschränkten Personen im Umfeld, in diesem Quartier, im grösseren Umfeld des UAFP ist es wichtig, dass sich solche Möglichkeiten in der Nähe befinden. Denn es ist für sie schwierig, sich durch die halbe Stadt bewegen zu müssen, um ein Schwimmbad zu finden. Und wie gesagt, gerade in Grossbasel West besteht für die Jüngsten und für die Ältesten ein Mangel an solchen Schwimmmöglichkeiten. Und in einer Gegend, in welcher ein solcher Mangel besteht, eine existierende Möglichkeit abzubauen, das ist, wie auch schon gesagt worden ist, nicht sinnvoll.

Der beantragte Betrag geht über das Angebot von Therapiemöglichkeiten hinaus in Richtung einer gesamtheitlichen Gesundheitsversorgung, eine Massnahme zur Prävention von Unfällen, ein Beitrag zur Lebensqualität von älteren Menschen, ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, alles in allem und gesamtheitlich betrachtet, ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Ich bitte Sie deshalb eindringlich, dieses Budgetpostulat zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 15 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008171, 21.01.26 10:18:53]



Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 63 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen. Die Budgetpostulate sind erledigt.

34. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser

[21.01.26 10:19:01, 25.5492.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

35. Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!

[21.01.26 10:20:00, 25.5493.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Leoni Bolz hat das Wort.

Leoni Bolz (SP): Ich möchte gerne bestreiten. Ich kann verstehen, dass es für gewisse Menschen von Vorteil ist, wenn die Flugschule nicht geschlossen wird, Jobs erhalten werden und es ist ganz praktisch, wenn man diese Flugausbildung vor der Türe machen kann. Ob man die Freizeitaviatik unterstützen möchte, ist dann aber eine andere Frage und eigentlich geht es um dies in diesem Vorstoss.

Was ich nicht so goutiere, ist, dass im Vorstoss den Anschein erweckt wird, dass EasyJet auf die Ausbildung von Linienpiloten durch diese Flugschule angewiesen ist, denn dies ist schlichtweg nicht zutreffend. EasyJet bildet in einem grossen Trainingsprogramm Piloten aus, 200 Piloten jährlich in Gatwick, Milano, Brüssel und Flugpraxis kriegen sie dann in den USA und in Gatwick, etc. arbeiten sie mit den neusten Flugsimulatoren. Wie im Vorstoss auch zu sehen ist, verfügt die Flugschule nicht über diese Flugsimulatoren und die Ausbildung geht dort etwa drei oder mehr Jahre, während EasyJet in eineinhalb bis zwei Jahren 200 Piloten ausbildet. Ich denke also nicht, dass man sagen kann, dass diese Handvoll Piloten, die dann da ausgebildet werden, von Relevanz sind für den Betrieb von EasyJet. Entweder steht man also dazu, dass man die Freizeitaviatik fördern möchte, oder man lässt es vielleicht bleiben.

Die SP möchte diese Förderung nicht und es besteht auch keine Gefahr, dass dieser Platz genutzt wird dann für eine neue Piste oder Docks, weil der EAP keine Wachstumsstrategie hat. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Stephanie Eymann hat das Wort.



RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantrage Ihnen in Stellvertretung von Regierungsrat Kaspar Sutter und im Namen des Regierungsrats, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Entscheid, den dauerhaften stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik am EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg einzustellen, beruht auf betriebswirtschaftlichen und planerischen Überlegungen. Aufgrund der knappen Platzverhältnisse am Boden sowie der fehlenden Wirtschaftlichkeit ist dieser Entscheid sachlich begründet und steht im Einklang mit den Vorgaben des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL). Gemäss SIL sind die verfügbaren Kapazitäten am EuroAirport prioritär für den Linien- und Charterverkehr vorgesehen. Die entsprechenden Auflagen des Bundes sind erfüllt, da der Flughafen innerhalb der vorhandenen Kapazitäten weiterhin auch anderen Verkehrsarten offensteht.

Wichtig ist festzuhalten, dass Leichtflugzeuge auch künftig am EuroAirport starten und landen dürfen. Nicht mehr möglich ist einzig das permanente Abstellen solcher Flugzeuge. Ausbildungs- und Trainingsflüge können somit weiterhin innerhalb der verfügbaren Kapazitäten stattfinden. Die für die Ausbildung relevanten Trainingsbedingungen an einem internationalen Flughafen bleiben damit gewährleistet. Die Schliessung der stationären Flugschule am EuroAirport gefährdet die Ausbildung von Pilotinnen und Piloten nicht.

Ein zentraler Anbieter der kommerziellen Pilotenausbildung in der Schweiz ist Horizon, ein Unternehmen der Helvetic Airways Group, das insbesondere auch Pilotinnen und Piloten für EasyJet ausbildet. Die Grundausbildung wird dabei regelmässig an kleinen Flugschulen ausgelagert. Neben der Flugschule Basel bestehen in der Schweiz zahlreiche weitere Ausbildungsstandorte, unter anderem in Grenchen und im Fricktal. Aufgrund dieser Vielzahl an Ausbildungsstätten ist der Pilotinnen- und Pilotennachwuchs nicht gefährdet. Zudem ist die Anzahl der von der Flugschule Basel ausgebildeten Pilotinnen und Piloten für EasyJet, der wichtigsten Airlines am EuroAirport, gering. Auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) teilt die Einschätzung, dass der Nachwuchs an Pilotinnen und Piloten nicht gefährdet ist. Der EuroAirport steht für Ausbildungszwecke weiterhin zur Verfügung. Ob und in welchem Umfang lokale Infrastruktur für den Schulungsbetrieb bereitgestellt wird, liegt im Ermessen des Flughafens.

Die Motion thematisiert zudem den Aufbau oder Betrieb von Ausbildungssimulatoren. Der Regierungsrat hält fest, dass die Pilotenausbildung in der Schweiz heute weitgehend privatwirtschaftlich organisiert ist. Der Betrieb von Flugschulen gehört weder zu den staatlichen Aufgaben noch zum Service Public. Flugsimulatoren sind mit sehr hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden und müssen in der Regel rund um die Uhr ausgelastet werden. Entsprechend konzentrieren sich solche Anlagen auf wenige grosse Ausbildungszentren. Am EuroAirport bestehen zwar Simulatorenstandorte, diese sind jedoch seit Jahren ungenutzt. Die Initiative für ein allfälliges Ausbildungs- und Kompetenzzentrum müsste aus der Privatwirtschaft kommen. Ob hierfür ein Bedarf besteht, ist fraglich, zumal sich in Zürich bereits ein entsprechendes Zentrum befindet.

Zusammenfassend hält der Regierungsrat fest, dass die Pilotenausbildung weiterhin möglich ist, dass der Nachwuchs nicht gefährdet ist und dass weder planerische noch staatspolitische Gründe bestehen, am EuroAirport einen stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik oder eine Flugschule vorzuschreiben. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben es vielleicht gesehen, unsere Fraktion hat ein Offen bei der Frage und ich kann glücklicherweise schon etwas auf die Argumente der Vorsprechenden hinweisen zum Pro und Kontra bezüglich dieser Motion. Allgemein ist für unsere Fraktion die Sachlage so, dass Vorstösse betreffend den EAP sowieso besser geeignet sind, ein Flugzeug zu falten und sie ins Altpapier zu landen, als da die meisten sowieso eigentlich keine Wirkung haben. Das hat auch einen etwas institutionellen Grund. Es handelt sich beim EAP um einen Verwaltungsrat. Ein Verwaltungsrat ist dem Unternehmen verpflichtet und nicht dem Kanton. Natürlich hat man ein Gewissen, kann man etwas mitreden, aber am Schluss ist der Unternehmenserfolg entscheidend und jedes Unternehmen muss entsprechend agieren und der Verwaltungsrat muss sich auch da dann daran halten. Da wird sich also sowieso nichts ändern, egal ob wir das jetzt überweisen oder nicht.

Aber im Sinne einer paradoxen Intervention erlauben wir uns doch, Ihnen auch zum Teil zu empfehlen, diese Motion zu überweisen, weil schliesslich die Privatfliegerei dann Platz wegnimmt beim Ausbau irgendwelcher Terminals oder sonstiger Flugaviatik. Wenn wir die Zahlen sehen, ist der EuroAirport heute wieder auf dem Niveau der Vor-Coronazeit und da wir grundsätzlich gegen einen Ausbau der Flugbewegungen sind, möchten wir in diesem Fall ausnahmsweise mal überweisen, vielleicht hilft das ja dabei etwas.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat als Motionär das Schlusswort.



Lorenz Amiet (SVP): Pilot ist ein Beruf, wie viele andere auch. Pilot bedingt eine Ausbildung, wie bei vielen anderen Berufen auch. Und bei den Piloten herrscht in der Schweiz Fachkräftemangel, wie bei vielen anderen Ausbildungen auch. Geschätzte Frau Regierungsrätin, das ist einer der Hauptgründe, warum jede Menge Swiss-Flüge mit Flugzeugen von airBaltic durchgeführt werden, weil wir in der Schweiz zu wenig Piloten haben. EasyJet beschäftigt am Standort Basel, nur am Standort Basel, knapp 200 Linienpilotinnen und -piloten, Tendenz steigend. EasyJet, das ist richtig, führt selbst Flugschulen und bildet Pilotinnen und Piloten aus, hauptsächlich als Fortbildung, teilweise als Grundausbildung. Die Standorte wurden genannt, in England und in Italien, nicht hier an Basel. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass der Verwaltungsrat des EAP den Grundsatzentscheid, auf Leicht- und Kleinfliegerei am EAP zu verzichten, so absolut gefällt hat, dass auch für die Ausbildung von zukünftigen Pilotinnen und Piloten keine Möglichkeit mehr besteht am EuroAirport. Rund 10% der Kleinflugzeuge, die heute am EuroAirport stationiert sind, dienen der Pilotenausbildung.

Das Hauptargument ist jenes des Platzes. Um die Flugausbildung weiterhin zu ermöglichen, braucht es am EuroAirport rund 600 m² Platz. Setzen Sie das bitte ins Verhältnis mit den 450 Hektaren Platz, die der EuroAirport wirklich hat. Nicht alle von Ihnen sind Architekt oder Raumplaner, deshalb ein Vergleichsbeispiel. Nehmen Sie ein Fussballfeld und der Platz, der da gebraucht wird, ist der Platz, der der Viertelkreis bei der Eckflagge benötigt. Das ist das Verhältnis und jetzt spricht man davon, man hat den Platz nicht. Es ist ein bequemes Argument, es ist kein stichhaltiges Argument und hinter vorgehaltener Hand wird jeder, der am EuroAirport arbeitet, sagen, ja, die 600 m², die haben wir selbstverständlich schon. Wir sprechen nochmals nur von den Flugzeugen für die Ausbildung, nicht von jenen der Privatpiloten, die heute dort stationiert sind.

Ein anderer Vergleich, der Flughafen Zürich hat rund dreimal so viele Bewegungen wie der Flughafen Basel. Trotzdem ist es in Zürich weiterhin möglich, mit kleinen Privatflugzeugen zu fliegen, die dort stationiert sind, auch mit Flugschulen, eine davon hat vorhin Regierungsrätin Stephanie Eymann genannt mit Horizon. Sie hat auch die Alternative genannt, Grenchen, ja, das stimmt, man könnte natürlich auch nach Grenchen gehen für die Ausbildung. Ich habe vorhin kurz nachgeschaut, ab dem Marktplatz eine Stunde 24 mit dem ÖV oder eine gute Stunde mit dem Auto pro Weg. Natürlich kann man jede Ausbildung irgendwo machen, aber mit diesem Argument müssen Sie Ausbildungen in Basel überhaupt nicht mehr unterstützen. Man kann jede Ausbildung irgendwo sonst machen.

Weniger Piloten, geschätzte Damen und Herren, bedeuten auch nicht weniger Flüge. Dass man das Gefühl hat zum Beispiel, man könnte auf diese Art und Weise den Flugverkehr ab Basel etwas reduzieren und EasyJet ein bisschen die Piloten wegnehmen, das ist klar, das geht nicht. EasyJet wird die Piloten anderswo rekrutieren. Heute rekrutieren sie viele Pilotinnen und Piloten in Basel, in Zukunft würden sie halt mehr von anderswoher rekrutieren, vielleicht von Mailand und von Gatwick, allenfalls auch von Osteuropa, usw. Diese Pilotinnen und Piloten, die ziehen dann bestenfalls in die Region, schlechtestenfalls, und das ist in dieser Industrie Praxis, bleiben sie dort wohnen, wo sie heute wohnen und commuten dann mit dem Flugzeug nach Basel. Es ist selten, dass ich Flüge sinnlos finde, aber diese Flüge, die finde ich wirklich sinnlos. Auf die könnte man verzichten, wenn man die Ausbildung hier macht.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade heute noch Vorstösse behandelt werden, die genau zum Thema Ausbildung sind und die werden praktisch unisono vom ganzen Parlament alle unterstützt. Nur bei dieser Ausbildungsmotion hier fehlt die Unterstützung. Piloten machen einen Beruf wie alle anderen Piloten auch und verdienen eine Ausbildungsmöglichkeit wie alle anderen Berufe auch. Bitte unterstützen Sie in diesem Sinn meine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 46 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008174, 21.01.26 10:33:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu Überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion nicht überweisen mit 46 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

36. Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung

[21.01.26 10:34:03, 25.5508.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Noch einmal Entschuldigung für die Schrecksekunde beim Frauenhausgesetz, ich war da ein wenig übermotiviert, aber bei dieser Motion ist es mir ernst, ich möchte sie bekämpfen. Wenn das nur ein einzelner Vorstoss wäre, dann könnte ich meine Argumentation relativ kurz halten. Einerseits können wir von BastA nicht nachvollziehen, warum dieses Anliegen mit einer verbindlichen Motion verfolgt werden muss, andererseits sehen wir nicht ein, warum eine einzelne Branche hier mit einer Anschubfinanzierung bevorzugt staatlich gefördert werden soll. Da kommen uns x Branchen in den Sinn, bei denen auch ein enormer Bedarf besteht und die gefördert werden müssten, zum Beispiel die Pflege, zum Beispiel die Kinderbetreuung. Aber diese Motion ist ja ein Teil eines ganzen Päckchens an Vorstössen zur Berufsbildung. Einige werden wir bekämpfen, einige auch laufen lassen.

Ich ergreife nun einfach die Gelegenheit, ein paar grundsätzliche Gedanken zu all diesen Vorstössen zu deponieren, die für die BastA-Fraktion wichtig sind. Wir haben stark den Eindruck, dass mit all diesen Vorstössen der mehr oder weniger sanfte Druck auf Kinder und Jugendliche, eine Lehre zu machen, erhöht werden und die Gymnasialquote gesenkt werden soll. Das eigentliche Ziel ist doch aber, dass 95% der jungen Erwachsenen einen Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit haben sollen. Ein Abschluss bedeutet Lehrabschluss, ja, aber er bedeutet auch Matur oder Fachmatur. Wir von BastA sind auch für die Förderung der Berufsbildung, aber dies ist für uns einfach der falsche Weg.

Es muss uns wirklich bewusst sein, dass der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein sehr grosser Schritt ist, gerade für 15- und 16-Jährige. Sie müssen nicht nur ein klares Berufsziel haben, sondern auch den Biss durchzuhalten, auch wenn es schwierig wird. Diesen Biss haben die wenigstens 15-Jährigen. Auch attraktive Werbeveranstaltungen in der Primarschule für Berufsfelder bringen diesen Biss nicht her. Schon nur das Absolvieren einer Schnupperlehre ist für so junge Menschen sehr anspruchsvoll. Sie kommen aus dem geschützten und gewohnten Rahmen der Schule in einen Betrieb und müssen dort im Berufsalltag sich bewähren, was eine enorme Herausforderung bedeutet. Vielleicht brauchen die Jugendlichen einfach mehr Zeit. Da zitiere ich gerne die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm, die ich sehr schätze. Sie sagt nämlich, 25 ist das neue 18. 25 sei zwar ein guter Zeitpunkt, um Daten zu erheben, aber ein schlechter, um Bildungsprozesse zu beenden. Jugendliche brauchen heute einfach länger, um sich für eine berufliche Laufbahn zu entscheiden. Geben wir ihnen doch diese Zeit, indem wir die Brückenangebote stärken, die Hürden für das Gymnasium und die FMS nicht erhöhen und Angebote für Erwachsene bieten.

Wie gesagt, ist der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein Wahnsinnschritt und da gehören auch die Arbeitsbedingungen dazu. Es braucht hier einfach Verbesserungen punkto Arbeitszeit, punkto Ferien, punkto Lohn. Gerade in Branchen, die händeringend nach Lehrlingen suchen, können junge Menschen auch ohne Berufslehre arbeiten, zum Beispiel auf dem Bau, zum Beispiel in der Gastro, und sie verdienen dann deutlich mehr als Lehrlinge. Und wir bestreiten auch dezidiert, dass eine künstliche Senkung der Gymnasialquote dazu führt, dass mehr Jugendliche eine qualifizierte Berufslehre machen. Der Effekt dieser politisch herbeigeführten Senkung der Gymnasialquote ist, dass mehr Menschen in einen Ausbildungsweg gezwungen werden, den sie nicht wählen würden und dass wieder mehr junge Menschen aus eher bildungsfernen Familien den Zugang zum Gymnasium nicht schaffen. Wir von BastA möchten das nicht.

Ich könnte noch sehr viel mehr zu dem Vorstosspaket sagen, doch es geht ja um die vorliegende Motion. Diese bitte ich Sie abzulehnen, weil es keinen Sinn hat, eine einzelne Branche herauszupicken und mit einer kantonalen Anschubfinanzierung zu bevorzugen. Zu den anderen Vorstössen werden allenfalls andere Vertreter*innen von BastA sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als ersten Sprecher habe ich Pascal Pfister.



Pascal Pfister (SP): Die SP-Fraktion hat die vorliegende Motion intensiv diskutiert und ich werde mich jetzt auch nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern speziell zu dieser Motion und spreche für eine offene Fraktionshaltung. Ein Teil der SP möchte die Motion ein erstes Mal überweisen, ein anderer Teil steht der Motion kritisch gegenüber. Zunächst zum gemeinsamen Nenner.

Die SP steht klar für eine starke Berufsbildung. Lehrstellen sind zentral für Chancengerechtigkeit, soziale Durchlässigkeit und die Sicherung von Fachkräften. Gerade in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt müssen junge Menschen Zugang zu qualitativ guten Ausbildungsplätzen haben, auch in neuen und digitalen Berufsfeldern. Ein Teil der SP-Fraktion unterstützt die Motion, weil er darin eine mögliche Antwort auf reale Herausforderungen sieht. Der ICT-Bereich ist ein für unsere Volkswirtschaft wichtiger Bereich, die Anforderungen an digitale Kompetenzen steigen und Lehrbetriebe stehen unter Druck, Ausbildungsplätze aufrechtzuerhalten. Aus dieser Perspektive ist es legitim zu prüfen, ob gezielt kantonale Massnahmen helfen können, Ausbildungsqualität und Lehrstellenangebot in einem strategisch wichtigen Bereich zu sichern.

Gleichzeitig, und das ist der zweite ebenso gewichtige Teil der Debatte, teilt ein anderer Teil unserer Fraktion die grundsätzliche Kritik, wie sie auch von Heidi Mück, aber auch vom Gewerbeverband Basel-Stadt vorgebracht wird. Der Gewerbeverband weist zu Recht darauf hin, dass die Stärke der Berufsbildung gerade in ihrer Breite liegt. Unsere KMU bilden Fachkräfte in sehr unterschiedlichen Branchen aus, vom Handwerk über Industrie bis zu den Dienstleistungen. Eine staatliche Förderung einzelner Branchen wirft deshalb Fragen der Gleichbehandlung auf. Wenn der Kanton gezielt ICT-Lehrstellen fördert, warum dann nicht auch andere Lehrstellen, Heidi Mück hat ein paar erwähnt, in der Pflege, aber man kann auch den Bau und das Gewerbe anführen, Bereiche, die ebenfalls einen Mangel an Lehrwilligen haben.

Der Gewerbeverband argumentiert zudem ordnungspolitisch. Berufsverbände kennen ihre Branchen am besten, sie sind näher an den Betrieben, kennen die konkreten Bedürfnisse und können passgenaue Massnahmen entwickeln. Der Staat soll hingegen faire und verlässliche Rahmenbedingungen für alle schaffen, nicht einzelne Sektoren herauspicken und damit andere faktisch benachteiligen. Hinzu kommt ein weiterer Punkt, die Arbeitsmarktentwicklung im ICT-Bereich. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Nachfrage nach ICT-Fachkräften schweizweit zurückgeht. Automatisierung und künstliche Intelligenz verändern Tätigkeitsprofile fundamental. Gleichzeitig steigt die Zahl arbeitsloser ICT-Spezialistinnen und Spezialisten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die berechtigte Frage, ob eine zusätzliche staatliche Förderung in genau diesem Bereich derzeit tatsächlich notwendig und zielgerichtet ist. Schliesslich gibt es auch finanzpolitische Vorbehalte, zusätzliche Förderinstrumente belasten den kantonalen Haushalt. Ein Teil der SP-Fraktion fragt sich, ob diese Mittel nicht wirksamer und gerechter eingesetzt werden, wenn sie der Berufsbildung insgesamt zugutekämen. Etwa über branchenübergreifende Instrumente wie einen Berufsbildungsfonds oder ähnliches.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion zeigt, diese Motion berührt interessante Fragen. Neben der Frage der Gleichbehandlung und der Rolle des Staates aus unserer Sicht auch vor allem die Frage der Prioritätensetzung. Abschliessend möchten wir festhalten, die SP-Fraktion nimmt die in der Motion aufgeworfenen Fragen sehr ernst, ebenso aber auch die kritischen Punkte und wir sind deshalb gespannt auf die Antworten des Erziehungsdepartements, sollte, und es sieht ja so aus, diese Motion ein erstes Mal überwiesen werden. Man kann dann auch die kritischen Punkte beurteilen und sehen, inwiefern das wirklich eine gute Idee ist oder eben doch nicht unverhältnismässig und unfair gegenüber anderen Branchen. Das wird dann für die Meinungsbildung abschliessend in unserer Fraktion zentral sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb hat hier lange diskutiert und wird in diesem Anliegen unterschiedlich abstimmen. Einige Gründe sind hier schon genannt worden. Bei uns wird ein Teil der Fraktion die Motion unterstützen, auch aus der Überzeugung, dass in Basel die Berufsbildung für ICT-Fachkräfte gestärkt werden soll. Denn wir als Grüne haben uns schon mehrfach als Partei gezeigt, die sich konsequent für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Qualität von digitalen Lösungen einsetzt und deshalb erachtet ein Teil der Fraktion es als folgerichtigen Schritt, hier die Kompetenzen der zukünftigen ICT-Fachleute im Kanton zu stärken und deshalb die Motion zu unterstützen. Nicht alle in der Fraktion sind jedoch überzeugt, ob branchenspezifische Förderungen der Berufslehre zielführend sind. Da haben wir auch schon Heidi Mück und Pascal Pfister gehört.

Kritisch möchten wir zusätzlich aber auch noch darauf hinweisen, auf die Forderung einer Partnerschaft mit einer geeigneten bikantonal agierenden Organisation. Wir fragen uns da schon, wie viele solche Organisationen kommen in der Region in Frage, vor allem nachdem der Gewerbeverband das Anliegen in diesem Fall ablehnt, und wir erinnern uns, wer war nochmal der Absender dieser Motion und dieses Berufsbildungspakets? Hier stellt sich also doch die Frage, ob es sein darf, dass man sich über den politischen Weg hier kantonale Aufträge möglicherweise einheimen zu versucht.

Aus diesen Gründen werden wir zum Teil die Motion ablehnen, zum Teil sie unterstützen, werden aber sicher auch nochmal kritisch diskutieren, wenn es dann zu einer Zweitüberweisung kommt.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wenn wir die Entwicklung in diesem Bereich beobachten, sehen wir, dass wir deutlich mehr qualifizierte Fachkräfte brauchen, aber die Lehrstellen in diesem Bereich sind wenig und die Gründe dafür sind vielfältig. Der administrative Aufwand für die Ausbildung sei zu hoch, es fehlten oft qualifizierte Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und viele Betriebe könnten zudem nicht alle betrieblich geforderten Leistungsziele abdecken.

Deswegen nimmt der Kanton dieses Anliegen ernst. Im Rahmen des Masterplans Berufsbildung sind Massnahmen zur Lehrstellenförderung auch für den ICT-Bereich zu ergreifen. Wir haben die eidgenössische Hochschule für Berufsbildung beauftragt, die Ausgangslage zu analysieren. Dafür sind unter anderem Betriebe gefragt worden. Die Resultate werden wir im Frühjahr bekanntgeben. Auf dieser Grundlage möchten wir Betriebe und Branchenverbände sinnvoll unterstützen, damit sie sich weiter oder neu für die Ausbildung engagieren.

Und übrigens, alles, was die Berufsbildung unterstützt, nehmen wir sehr gerne und prüfen wir und dann berichten wir, was wir noch unternehmen können. Die Zahlen in unserem Kanton sind ja generell bekannt, wie wir mit der Berufsbildungsquote unterwegs sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Motionärin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich bedanke mich für die interessante und angeregte Diskussion. Ich möchte mich jetzt hier nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern wirklich ganz spezifisch zu dieser Motion. Wir haben es verschiedentlich gehört, dass es in der Region Basel einen Mangel gibt an Lehrstellen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, abgekürzt ICT. Die verschiedenen Zahlen der Motion belegen, dass in der Region zu wenige ICT-Fachkräfte ausgebildet werden. Dies betrifft nicht nur den ICT-Bereich im engeren Sinn, sondern die regionale Wirtschaft als Ganzes, denn ICT-Dienstleistungen sind aus keiner Branche wegzudenken und mit fortschreitender Digitalisierung werden unsere Firmen immer mehr ICT-Fachkräfte benötigen.

Bei ICT handelt es sich um ein übergreifendes Berufsfeld, also nicht eine einzelne Branche, das in der heutigen Zeit eine zentrale Rolle in nahezu allen Wirtschaftszweigen spielt. Die Förderung des ICT-Sektors ist weit mehr als nur eine Unterstützung einzelner Unternehmen oder Branchen. Sie stellt eine Investition in ein Berufsfeld mit enormer gesellschaftlicher Bedeutung dar, das für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Wirtschaft und Verwaltung unverzichtbar ist. Die Herausforderungen durch technologische Veränderungen wie KI erfordern dabei eine differenzierte Betrachtung sowie flexible Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden und langfristig den Fachkräftebedarf sicherzustellen.

Die Motion fordert deshalb eine zeitlich begrenzte Förderung von ICT-Lehrstellen, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft finanziert und organisiert wird. Durch die Nutzung bestehender Synergien sollen die Lehrstellen im ICT-Bereich in den beiden Basel effizient erhöht werden, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Zusammen mit den Motionären und Motionärinnen freue ich mich, wenn Sie diese Motion dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008176, 21.01.26 10:51:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion überweisen mit 55 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

37. Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen

[21.01.26 10:51:42, 25.5509.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

38. Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers

[21.01.26 10:52:13, 25.5519.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eric Weber bestreitet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Grossrat und Präsident der Liste Ausländer Stopp, Ein-Thema-Partei, und darum muss ich natürlich zu diesem Thema Sans-Papiers reden. Ich habe mir alles durchgelesen, ich habe mir eine Rede geschrieben, ich habe auf diesen Moment gewartet. Ich frage Nicola Goepfert, Erstunterzeichner, ich frage Sie, ich habe wirklich viele Fragen zu dieser Motion. Warum machen Sie das? Warum setzen Sie sich für Ausländer ein, die illegal in unserem Land sind? Was bringt Ihnen das? Haben Sie davon einen Nutzen und wenn ja, welchen? Warum setzen Sie sich für diese Sache ein?

Meine Damen und Herren, ich habe den Text zehnmal durchgelesen und es ist ein Widerspruch im Text dieser Motion. Oben schreiben Sie, diese Leute arbeiten, haben Geld, weiter unten steht aber, sie haben kein Geld. Als Journalist und Grossrat muss ich Ihnen sagen, Herr Goepfert, das ist gar nicht schlüssig geschrieben. Als Chefredakteur würde ich Ihren Text ablehnen und sagen, ungenügend, bitte sofort verbessern, denn ich lese genau. Das ist meine Pflicht.

Ich musste schon schmunzeln, wenn dann steht, die Leute arbeiten. Es steht, die Sans-Papiers haben eine Arbeitsstelle. Sans-Papiers trotz Arbeitsstelle, ja, aber, wenn ich eine Arbeitsstelle habe in Basel, bin ich legal hier anwesend und kann arbeiten und bin nicht jemand, der illegal hier ist, Sans-Papiers ist illegal und gegen das Schweizer Gesetz. Dann muss ich ganz ehrlich sagen, lieber Nicola Goepfert, wenn Sie hier schreiben, die Sans-Papiers arbeiten sogar, dann muss ich sagen, die zahlen aber keine Steuern und weil sie keine Steuern zahlen von 30% haben sie noch einmal 30% mehr Lohn, also muss es diesen Leuten gut gehen. Und ich kann das nicht akzeptieren, dass hier steht, die haben eine Arbeitsstelle, aber sie zahlen keine Steuern. Jeder von uns, der Grossrat ist, muss sein Grossratsgeld versteuern, ausser die 500 Franken Pauschale. Und die Leute, die Sans-Papiers sind, haben sogar noch mehr Geld, weil sie angeblich arbeiten und keine Steuern zahlen.

Wir reden immer, lieber Christoph Hochuli, Sie sind für mich der freundliche Quartierpolizist, was ja auch stimmt, warum unterschreiben Sie das? Und zu meinem Sitznachbar, Thomas Widmer-Huber, wir reden nett auf Instagram, aber Sie haben die Probleme in Riehen nicht, die wir in Kleinbasel haben. Und darum bin ich eigentlich überrascht, dass Sie das unterschrieben haben, weil ich zuerst gedacht habe, das ist nur eine Sache der Linken, aber jetzt sind da auch ein paar bürgerliche Grossräte irgendwie nach links gerutscht und das finde ich nicht okay.



Ich bin nicht für die Überweisung dieser Motion als Präsident der Liste Ausländer Stopp und ich möchte bitten, auch die SVP, meinem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch ich möchte Ihnen im Namen der SVP-Fraktion beantragen, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Diese Motion ist politisch völlig falsch. Der Vorstoss fordert, dass der Kanton Basel-Stadt innert zwei Jahren eine dauerhafte finanzielle Grundlage schafft, um Sans-Papiers bei sogenannten zeitlich befristeten Notlagen zu unterstützen. Faktisch bedeutet das also nichts anderes, als der Staat soll Personen ohne Aufenthaltsrecht regelmässig mit Steuergeldern unterstützen. Das ist aus meiner Sicht sehr gefährlich und ich bin auch sehr überrascht, dass der Regierungsrat, der heute einmal mehr mit Abwesenheit glänzt, weil offenbar irgendein internationaler Gast in Davos für Herrn Sutter wichtiger ist, diesen Vorstoss gar entgegennehmen möchte. Das ist auch aus meiner Sicht wirklich rechtlich völlig haltlos, was hier nun der Regierungsrat mit dieser Entgegennahme überhaupt prüfen möchte.

Denn was wir hier diskutieren, ist letztlich eine Untergrabung von Recht und Ordnung. Sans-Papiers, man muss es so deutlich sagen, illegale Personen als Definition haben aus guten Gründen keinen Anspruch auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. Genau das ist die Konsequenz eines rechtsstaatlichen Migrationssystems. Und diese Motion von Herrn Goepfert, der ja bis vor kurzem auch Präsident dieser Anlaufstelle war und nun offenbar auf politischem Wege weiter für diese Stelle arbeitet, versucht, dieses System nun durch die Hintertür auszuhebeln. Sie schafft faktische Sozialleistungen ohne Rechtsanspruch, sie normalisiert illegale Erwerbstätigkeit und sie schwächt die Glaubwürdigkeit von Ausländer- und Asylrecht. Das ist integrationspolitisch falsch und rechtsstaatlich höchst fragwürdig.

Die Motion spricht von Notlagen, gleichzeitig hält sie selbst fest, dass ein grosser Teil der Sans-Papiers seit vielen Jahren hier lebt, viele dauerhaft arbeiten, Kinder hier zur Schule gehen und der Lebensmittelpunkt klar in der Schweiz liegt. Das sind deshalb auch keine zeitlich befristeten Ausnahmesituationen, das ist ein illegaler Daueraufenthalt, der mit dieser Motion faktisch weiter akzeptiert und finanziell abgesichert werden soll. Wer jahrelang ohne Aufenthaltsrecht hier lebt, befindet sich nicht in einer vorübergehenden Notlage, sondern in einem rechtswidrigen Zustand, den der Staat nicht noch belohnen darf.

Und noch gravierender ist die Signalwirkung über den Kanton Basel-Stadt hinaus. Ein offiziell alimentierter Sans-Papiers-Fonds sendet eine klare Botschaft. Wer ohne Aufenthaltsrecht kommt oder bleibt, wird aufgefangen, wird sogar noch dafür belohnt, dass er sich in der Illegalität befinden will. Gerade in einer Zeit hoher Migration und überlasteter Systeme ist das verantwortungslos. Basel-Stadt würde sich einmal mehr als Magnetkanton positionieren mit all den anderen weiteren bekannten Folgen für die Sicherheit, die Sozialwerke, den Wohnungsmarkt und unsere Finanzen. Ja, es gibt Härtefälle, ja, niemand will Elend oder Kriegsgefährdung, dafür gibt es aber ein gut funktionierendes Migrationssystem in der Schweiz. Es gibt bereits heute diese Möglichkeiten, sich in der Schweiz als Asylmigrant ordentlich zu registrieren, es gibt ein Asylverfahren, wer die Bedingungen gemäss unseren schweizerischen Gesetzen erfüllt, kann hier bleiben, wer diese Bedingungen nicht erfüllt, muss zurückgehen. Nur das ist ein humanes und gerechtes Asylsystem und daran sollten wir arbeiten und ich bin auch tatsächlich etwas überrascht, dass nun sogar schon Mitarbeitende unserer Polizei immerhin auch eine Behörde, die Recht und Ordnung durchsetzen muss, solche illegalen Bestrebungen quasi noch unterstützen möchte.

Humanität rechtfertigt keine dauerhafte Legalisierung durch Alimentierung. Ohne Ordnung verliert Humanität, verliert unser Asylsystem die Glaubwürdigkeit. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Joël Thüring hat eigentlich schon relativ vieles gesagt, was ich auch noch gesagt hätte. Diese Motion ist grundsätzlich eigentlich gut gemeint, aber ordnungspolitisch problematisch. Sie verlangt staatlich finanzierte Leistungen für Personen, die sich ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in unserem Kanton bzw. in unserem Land aufhalten. Damit wird ein Grundprinzip des liberalen Rechtsstaates untergraben, denn Rechte und Leistungen setzen einen legalen Status voraus. Zudem schafft dieser Vorstoss Fehlanreize und verlagert migrationspolitische Probleme in die Sozialpolitik. Anstatt konsequent gegen Schwarzarbeit und gar ausbeuterische Arbeitgeber vorzugehen, sollen hier die Risiken eines oftmals sogar illegalen Arbeitsmarktes abgedefert werden. Dies, werte Kolleginnen und Kollegen, darf aber nicht eine Staatsaufgabe sein. Besonders kritisch ist zudem, dass Kriterien und Auszahlungen ausserhalb klarer gesetzlicher Grundlagen zwischen dem Staat bzw. dem Kanton und einer privaten Stelle vereinbart werden sollen. Das schwächt Transparenz, parlamentarische Kontrolle und auch Gleichbehandlung. Schliesslich wird hier trotz einer sogenannten temporären Überbrückung faktisch eine neue Sozialleistung geschaffen und dies ohne Lösung des Grundproblems. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion FDP diese Motion ab.



Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Es ist wirklich eine Verständnisfrage, weil ich das zum zweiten Mal jetzt höre. Woher nehmen Sie die Behauptung, dass man einen legalen Aufenthalt haben muss, um vom physischen Verderben bewahrt zu werden? Ich lese die Verfassung sowohl vom Kanton als auch vom Bund anders.

Christian C. Moesch (FDP): Steht das in der Verfassung? Das habe ich so nirgends gelesen, aber vielleicht können wir darüber nachher noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat auch eine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Sie sagen, diese Motion löse das Grundproblem nicht. Was ist das Grundproblem und wie soll es gelöst werden?

Christian C. Moesch (FDP): Das Grundproblem ist ja, welcher Status diese Leute hier überhaupt haben und ich denke, grundsätzlich muss man daran arbeiten, dass die einen legalen Status bekommen einerseits und andererseits natürlich, dass wenn sie arbeiten, dies natürlich auch richtig entlohnt wird und nicht so, wie das offensichtlich anderweitig auch passiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Im Kanton Basel-Stadt leben mehrere tausend Sans-Papiers, die mehrheitlich seit Jahren hier wohnen, arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt hier bei uns in der Gesellschaft haben. Sie sind vor allem in privaten Haushalten, in der Gastro oder auf dem Bau tätig und übernehmen dort unverzichtbare Arbeit, davon profitieren wir alle, dies häufig unter prekären Bedingungen. Trotz ihrer Erwerbstätigkeit und oftmals langjähriger Integration haben diese Personen aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Ich möchte hier gerne einwenden, dass diese Grundrechte auch für diese Personen existieren, auch wenn sie keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese gelten für alle Menschen.

Bereits kurze Einkommensausfälle infolge von Krankheit, Unfall oder einer Schwangerschaft oder eines Arbeitsverlustes können sie deshalb in existenzielle Notlagen bringen. Diese Situation ist nicht per se selbst verschuldet, sondern auch strukturell bedingt und betrifft auch Kinder. Der Stress, dem Sans-Papiers ausgesetzt sind, ist ohnehin sehr gross. In einer Notlage multipliziert sich dieser, denn eine finanzielle Absicherung gibt es für diese Person eben nicht. In Anbetracht der vielen unverzichtbaren Arbeit, die Sans-Papiers erbringen, ist eine befristete Überbrückungshilfe eine sinnvolle und auch menschliche Investition.

Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch während der Covid-19-Pandemie, haben gezeigt, dass zeitlich befristete Überbrückungsbeiträge wirksam sind, um akute Not zu lindern und gravierende Folgekosten, etwa durch medizinische Unterversorgung oder Obdachlosigkeit, zu verhindern. Gleichzeitig ist der Bedarf weiterhin vorhanden, während die bisherigen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, ungenügend sind und die Ansätze, die dort im Moment ausbezahlt werden können, liegen zudem sehr deutlich unter Beiträgen beispielsweise der Nothilfe.

Die Motion verlangt keine umfassende Systemänderung, sondern einen pragmatisch und klar begrenzten Ansatz, eine verlässliche Grundlage nämlich für Überbrückungshilfen in ausgewiesenen Notlagen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion zu überweisen und so Hand zu bieten für eine pragmatische Unterstützung für Personen, die sich hier in unserer Gesellschaft befinden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich spreche mich im Namen der LDP gegen die Motion aus, die fordert, Überbrückungsbeiträge für Sans-Papiers in finanziellen Nöten bereitzustellen. Die Forderung mag aus humanitären Überlegungen sehr gut



nachvollziehbar erscheinen, doch sie widerspricht grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Marktökonomie und sozialer Gerechtigkeit, die wir als LDP hochhalten.

Erstens stellt die vorgeschlagene Unterstützung für Sans-Papiers eine Aushöhlung der bundesrechtlichen Migrationspolitik dar. Die Zuständigkeit für Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen liegt beim Bund und der Kanton darf diese nicht durch eigenständige Massnahmen umgehen. Eine kantonale Lösung würde nicht nur gegen das föderale Prinzip verstossen, sondern auch die Kohärenz der nationalen Migrationspolitik gefährden. Zweitens können solche Hilfsmassnahmen negative Anreize schaffen. Statt die Menschen zur Legalisierung des Aufenthaltes und zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt zu ermutigen, würden wir eine Parallelwirtschaft fördern, in der die Betroffenen weiterhin in einem rechtlichen Graubereich verbleiben würden. Drittens kann die Einführung von Überbrückungsbeiträgen auf lange Sicht die Belastung unseres Sozialsystems erhöhen, ohne dass ein klarer Integrationsweg geschaffen wird. Der Fokus sollte auf Lösungen liegen, die Sans-Papiers helfen, ihren rechtlichen Status zu klären und den Weg zur Integration zu finden, nicht auf temporären finanziellen Hilfen, die Probleme nur verschlechtern und nicht lösen.

Ich appelliere daher an alle, eine nachhaltige Lösung zu unterstützen, die in enger Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden entwickelt wird, um den rechtlichen Status der Sans-Papiers zu regeln und eine echte Integration zu ermöglichen. Vielen Dank für die Nichtüberweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch kurz zu meinen Vorrednern. Man muss das mal ein bisschen alles einordnen und ein bisschen darüber nachdenken. Ein grosses Dankeschön an meinen Vorredner Joël Thüning, dass Sie gesagt haben, die Sache ist haltlos, dass das illegal ist und dass wir das nicht annehmen dürfen. Und Sie haben gesagt, Anlaufstellen durch Hintertüren und der Kanton Basel-Stadt darf nicht zum Magnet von Illegalität werden wegen der Sicherheit. Sie sind auch überrascht, dass ein Polizist unterschrieben hat. Sie wissen, ich rede mit allen, ich habe jetzt auch mit Christoph Hochuli, Quartierpolizist in Grossbasel, gesprochen. Wir haben uns zu dieser Sache unterhalten und er sagt, die Sans-Papiers sind teilweise besser integriert als die, die eine Bewilligung haben. Dann habe ich den Mitunterzeichner gefragt, warum machen sie denn keine Bewilligung. Er hat gesagt, weil sie Angst haben, dass sie die Bewilligung nicht bekommen. Ich habe zuerst gedacht, dass die Unterschrift vielleicht hineingerutscht ist von Ihnen, aber gut, Sie haben es mir jetzt begründet, die Unterschrift ist echt. Wir wären dankbar, wenn Sie nicht mehr solche Sachen unterschreiben. Olivier Battaglia aus Riehen, unser höchstgelegener Grossrat, hat gesagt...

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Er hat gesagt, er bittet auch darum, das nicht zu überweisen und ich bitte auch noch einmal darum, das nicht zu überweisen. Ich habe das vergessen, aber Joël Thüning hat gesagt, dass der Erstunterzeichner Nicola Goepfert irgendwie der Verwaltungsratspräsident von dieser Gruppierung ist, Sans-Papiers von diesem Büro und macht das beruflich, also geht es hier um Eigeninteressen. Und da muss ich natürlich schon sagen, wenn es um Eigeninteressen geht, dass man sich dann vielleicht enthalten könnte und nicht hier eine Motion macht. Sie haben mich auch schon persönlich angesprochen wegen anderen Grossräten, darum spreche ich Sie auch an, geht es hier, und ich möchte, dass Sie das auch beantworten, um Eigeninteressen, ganz klar gesagt, um den eigenen Geldbeutel?

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Es gehört zu den grundlegendsten, das dachte ich zumindest, bis ich heute einige Voten gehört habe, unbestrittenen Aufgaben des Staates, die Menschen auf seinem Gebiet bei finanziellen und persönlichen Notlagen zu unterstützen. Dass das nicht nur als falsch, sondern sogar gefährlich und widerrechtlich dargestellt wird, schockiert mich, um ehrlich zu sein, ein bisschen. Woher dieses Rechtsverständnis stammt, ist mir schleierhaft. Ich habe mir die Aufgabe gemacht, kurz nachzuschauen, ob ich da vielleicht ein bisschen einseitig bin, habe zu Artikel 12 BV die Kommentare konsultiert und habe gesehen, diese Meinung vertritt zumindest Stand heute niemand. Dass das auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein muss, hat das Bundesgericht in den letzten 100 Jahren durchgehend immer wieder ganz klar betont und das haben wir deswegen auch in die, wir nennen sie heute noch die neue Bundesverfassung von 1999 überführt.

Bei Sans-Papiers, geschätzte Ratskolleg*innen, handelt es sich um diverse Menschen mitten in unserer Gesellschaft. Sie sitzen vielleicht neben Ihnen im Tram, sie stehen mit Ihnen bei der Coop oder der Migros-Kasse an, sie fiebern mit Ihnen



zusammen mit dem FCB mit und sie arbeiten im gleichen Gebäude wie Sie. Dass sie nicht nur ein Teil unserer Gesellschaft sind, sondern auch ein tragender und wichtiger Teil des Systems, das unsere Gesellschaft am Laufen hält, ist allein den Zahlen zu entnehmen, die Sie auch in der Motion sehen. Solche Personen, und das ist kein Widerspruch, können, selbst wenn sie arbeitstätig sind, denken wir an Arbeitsstellenverluste, an einbrechende Auftragszahlen, in temporäre Notlagen gelangen, wo eine Überbrückungshilfe notwendig ist. Sie können den Zahlen im Motionstext auch entnehmen, es geht hier nicht einfach darum, dass man Sozialhilfe an alle Personen ausbezahlt, die sich kurzfristig oder illegal in der Schweiz aufhalten. Es geht um minimalste Überbrückungshilfe für kurzfristige Notlagen, so dass zum Beispiel nicht massive Krankenkassenschulden entstehen oder direkt ein Wohnungsverlust droht.

Dieser Zugang zu Notfallüberbrückungshilfe ist sodann, und auch hier dachte ich, um ehrlich zu sein, das sei unbestritten, sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung als auch auf den gesunden Menschenverstand, dass man das ohne Vorzeigen eines Passes oder einer Aufenthaltsbewilligung erhalten muss. Es geht nicht darum, das ist mir wichtig zu betonen, dass wir heute hier irgendeine neue Leistung einführen wollen. Es geht darum, dass wir Hürden für eine verfassungsmässige Pflicht nicht unnötig künstlich hochhalten. Es geht um nichts anderes. Es geht darum, dass wir als Kanton umsetzen, zu was wir rechtlich verpflichtet sind, nicht zu etwas, das angeblich widerrechtlich oder gefährlich sein soll.

Ich möchte noch zu diesem Anreizargument kommen. Ich glaube, hier hat man nicht verstanden, worum es in dieser Motion geht und in welcher Lebenslage diese Personen sind. Wenn Sie wirklich glauben, dass eine Person aufhört, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu kümmern, weil sie, wenn sie in Notlagen gerät, 2,65 Franken bis 4,40 Franken pro Tag erhält, für wirklich das absolute Minimum, um überleben zu können, dass diese Person dann den Anreiz verliert, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu bemühen, dann haben Sie wirklich nicht verstanden, worum es hier und in den Lebenslagen dieser Personen allgemein geht. Lassen Sie uns also unsere verfassungsmässige Pflicht umsetzen und diese Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring mit einer Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Könnten Sie mir vielleicht noch Ihre Interessenbindung bekanntgeben und erklären, wieso Sie als Vorstandsmitglied dieses Vereins einen Vorstoss unterschreiben, der diesem Verein Gelder zusprechen soll?

Daniel Gmür (SP): Gerne, das verstehen nicht alle Menschen, ich mache das freiwillig, ich kriege keine Entschädigung dafür. Es geht darum, die Leistungen für diese Personen über diesen Verein auszubezahlen, nicht einfach diesem Verein Geld zu geben. Ich bin Vorstandsmitglied von der Sans-Papiers-Anlaufstelle, um ihre erste Frage auch noch zu beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nicola Goepfert als Motionär.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank, ein Dankeschön an den abwesenden Regierungsrat, nein, Stephanie Eymann ist hier, dass Sie auf die Motion eintreten möchten. Speziellen Dank auch an die Fraktionen, die die Motion unterstützen, speziell an die EVP, welche die grosse Unterstützung darin zeigt, indem die Motion von allen Grossratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde. Vielen Dank auch an die Vorredner*innen, die die Motion unterstützt haben.

Sehr vieles wurde schon gesagt, ich möchte nicht alles nochmals aufnehmen, aber auch ein kleines Dankeschön zumindest zum Teil an die Vorredner*innen, die diese Motion eigentlich ablehnen. So hat Christian Moesch zum Beispiel gesagt, dass wir gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz vorgehen müssen. Sehr gerne können wir einen Vorstoss dazu machen, damit Sans-Papiers auch Zugang zur Justiz bekommen und so die Ausbeutung am Arbeitsplatz bekämpfen können. Auch an FDP und LDP, die sagen, ja, wir müssen die Sans-Papiers regularisieren. Es wurde schon eine Motion eingereicht, die diese Regularisierung von Sans-Papiers fördern möchte. Ich freue mich dann auf die Unterstützung von Ihnen für diese Motion.

Um was geht es. Es wurde schon gesagt von Lea Wirz, es gibt viele Situationen, welche Sans-Papiers unerwartet in Not bringen können und mit dieser Motion können wir eine zeitlich befristete Hilfe für diese Menschen in Not, welche keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben, schaffen. Denn diese Motion anerkennt ein Stück weit auch die widersprüchlichen Interessen des Staates, wie Joël Thüring es gesagt hat, einerseits Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus auszuschaffen, wenn es sein muss, so fest ich das selbst ablehne, aber andererseits, wie es Daniel Gmür sehr zutreffend gesagt hat, das Recht auf Hilfe in Notlagen, das eben jeder Person zusteht, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Es ist nicht so, dass wir da etwas völlig Neues schaffen, es geht um den Zugang zu einem Recht. Da hat der Kanton auch schon



Erfahrung aus der Corona-Zeit, dort wurde die Notwendigkeit einer direkten Hilfe an Sans-Papiers durch die Regierung anerkannt und darauf soll aufgebaut werden, denn sie zeigte, dass die Hilfe wirkungsvoll und notwendig ist.

Die Motion möchte, anders wie es Joël Thüring impliziert, nicht, dass die Institution Anlaufstelle finanziert wird, sondern dass direkt Hilfe an die betroffenen Personen fliesst. Hier vielleicht noch kurz, ich bin nicht mehr Vorstandsmitglied der Anlaufstelle, ich war das, aber natürlich bleibt mir das Anliegen immer noch sehr wichtig. Ich war auch selbst freiwillig engagiert, habe dort kein Geld verdient, einfach so zur Transparenz. Es gibt tatsächlich Menschen in diesem Kanton, die Ämter ausüben, die nicht bezahlt sind, einfach weil man sie wichtig findet und die Anliegen unterstützt. Es gab auch schon Vorlagen, wo Personen sogar direkt angestellt wurden, die davon betroffen wären, Stichwort Standortfördergesetz, und dort wurde ja auch kein Problem gesehen.

Zum Fazit: Es geht also darum, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen kann, trotz möglichem Interessenkonflikt. Es geht darum, dass Menschen, welche Teil unserer Gesellschaft sind, mitten in unserer Gesellschaft leben, Zugang erhalten zu einer zeitlich befristeten Überbrückungshilfe in Notlage. Diese Motion normalisiert nichts, sie ändert auch nichts am Aufenthaltsstatus, sie bietet lediglich eine kleine Hilfe in schwierigen und schlimmen Situationen, von denen Menschen betroffen sind in unserem Kanton. Ich danke allen, welche die vorliegende Motion unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008179, 21.01.26 11:23:50]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung ausgesprochen mit 62 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

39. Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel

[21.01.26 11:23:57, 25.5494.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heute also die MCH Group bzw. die Art Basel, Klappe, die Dritte. Im Gegensatz zu den bisherigen Vorstössen zur MCH Group scheint dieser Anzug nun überwiesen zu werden, Widerstand kommt nur von unseren Reihen. Vielleicht wird der Vorstoss einfach auch nur laufen gelassen, damit es so aussieht, dass das Parlament nicht untätig ist und ein Zeichen für die Art Basel aussendet. Aber alle eigentlich wissen, dass aus diesem Anzug nicht wirklich Wirkung entstehen wird, keine Wirkung entstehen kann.

Wir von BastA lehnen diesen Anzug ab, wir erachten diesen Vorstoss als nicht notwendig und als reine Kosmetik. Die vergangenen Debatten zum Ausstieg aus der MCH Group bzw. zur Übernahme der Aktienmehrheit hier in diesem Saale haben das Dilemma eigentlich klar aufgezeigt. Aber es ist wahrscheinlich so, die Art Basel scheint eine Art heilige Kuh für die Basler Politik zu sein, egal, was es uns kostet, egal, welche Nebengeräusche die MCH Group produziert, egal, welches



Kapital mit dem internationalen Kunsthandel weiss gewaschen wird und auch egal, welche Ökobilanz eine internationale Kunstmesse nach sich zieht. Wir tun alles, um die Art Basel in ihrem jetzigen Format zu erhalten und hoffen, dass uns dabei die MCH Group erhört.

Dies können wir so nicht unterstützen. Es ist nicht so, dass wir grundsätzlich die Messe Art Basel ablehnen, aber wir müssen hier eine andere Debatte führen. Es geht entweder um eine sinnvolle Transformation der MCH Group in eine andere Rechtsform oder halt dann wirklich Szenarien des Ausstiegs zu skizzieren. Falls uns die Art Basel wirklich so wichtig ist, müssten wir ehrlicherweise mal halt über die zukünftige Rechtsform der Messe Schweiz debattieren, um unseren kantonalen Einfluss wieder zu stärken.

Weshalb bestreiten wir diesen harmlosen Anzug und lassen ihn nicht einfach laufen? Weil wir finden, dass das eine Scheindebatte ist und dies eigentlich nicht notwendig ist. Der Anzug fordert nämlich insgesamt sieben Punkte, eigentlich immer dasselbe, einfach ein wenig anders geschrieben. Der Anzug will, dass der Regierungsrat mit seiner Vertretung im Verwaltungsrat der MCH Group darauf hinwirken soll, dass die Art Basel nicht abwandert, der Standort Basel nicht durch eine neue eigene Art Basel-Formaten an anderen Standorten auf der Welt weiter geschwächt wird und das private Messegeschäft wieder angekurbelt wird. Kurz, es soll einfach alles bitte beim Alten bleiben, so wie es ist.

Wir fragen uns, weshalb hat der Regierungsrat und seine Vertretung dies bis anhin nicht gemacht? Es müsste ja eigentlich logisch sein, dass der Regierungsrat und seine Vertretung im Verwaltungsrat sich per Mandat für die Art Basel in Basel einsetzt. Also warum scheint es so, dass er dies nicht macht bzw. nicht gut genug? Wir haben es Ihnen vor zwei Monaten schon gesagt und ich sage es Ihnen heute nochmals, weil die regierungsrätliche Vertretung es im Rahmen eines internationalen börsenkotierten Unternehmens einfach gar nicht kann. So simpel ist dies. Der VR der MCH Group ist einzig und allein dem Unternehmen verpflichtet und auch die Vertretenden des Regierungsrats im VR sind schlussendlich demselben Ziel unterstellt. Auch wenn wir dies bedauern und auch ich finde, dass durchaus mehr Kritik zum Ausdruck gebracht werden könnte durch den Regierungsrat, innerhalb des Verwaltungsrats können Sie gar nicht gegen die Interessen der MCH Group stimmen. Dass dem so ist, zeigte sich ja eindrücklich beim Entscheid betreffend der Art Basel in Katar und in der Debatte um Ausstieg bzw. Aktienmehrheit hier im Grossen Rat.

Deswegen bestreiten wir als BastA diesen Anzug und werden ihn nicht überweisen. Wir sind aber gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam grundsätzlich den Messestandort Basel zu beraten und zu prüfen, wie wir die Messe Basel in einer anderen Organisationsform und mit einer anderen Ausrichtung vielleicht auch neu aufstellen können. Vielleicht wäre dies ja um einiges wirkungsvoller, damit die Art Basel langfristig, vielleicht ist es dann ein wenig anders, in Basel gesichert werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir von der SP-Fraktion glauben im Gegenteil meines Vorredners eben an eine Wirkung dieses Vorstosses. Warum? Der Vorstoss wird klar getragen von vielen aus diesem Hause, von vielen Grossrätinnen und Grossräten und der nächste für mich sehr wichtige Punkt, die Abstimmung zur Aktienmehrheit, also ob der Staat die Aktienmehrheit erwerben soll oder es versuchen soll oder nicht, wurde hier drin diskutiert und wurde nur sehr knapp abgelehnt. Das heisst, eine Strategie ist gewollt. Wir brauchen nicht nur eine Strategie, sondern der Wille zu einer klaren Strategie ist auch, so denke ich doch, gegeben und deshalb glauben wir auch, dass der Anzug hier die Regierung klar auffordert, diesen Auftrag auch ernst zu nehmen und uns zu gegebener Zeit, und mit gegebener Zeit hoffe ich, dass das sehr bald schon sein wird, auch einen Vorschlag unterbreiten wird.

Inhaltlich, es ist schon Klappe, die Dritte, wurde viel dazu gesprochen. Wir hoffen, dass nicht nur von der Regierung der Auftrag jetzt klar ist, sondern auch von der MCH Group, dass sie eben nicht einfach machen können, was sie wollen und die Wirtschaft über die Menschen stellen, sondern dass klar ist, die Menschlichkeit muss immer die erste Frage sein. Die Werte, ich spreche selbstverständlich die sozialdemokratischen Werte an, aber auch die Menschenrechtskonventionen zum Beispiel, die müssen immer in erster Linie gelten und dann können wir über die Wirtschaft sprechen. Und deshalb, weil das für uns wirklich nicht einfach wichtig, sondern ein Standard sein muss, sagen wir zu diesem Vorstoss Ja.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Anzugsteller Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die Art Basel ist weit mehr als eine Kunstmesse. Sie ist eines der wichtigsten internationalen Aushängeschilder unseres Standorts, wirtschaftlich, kulturell und repetitiv. Sie bringt Sichtbarkeit, Gäste, Medienaufmerksamkeit und Wertschöpfung nach Basel. und prägt das internationale Bild unserer Stadt wie kaum ein anderes Ereignis. Gerade weil die Art Basel so erfolgreich ist, steht sie heute aber auch in einem intensiven globalen Wettbewerb. Die internationale Expansion ist unternehmerisch nachvollziehbar. Gleichzeitig zeigen Marktbeobachtungen und



Medienberichte, dass sich Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Sammlerströme verschieben können und genau hier setzt dieser Anzug an. Es geht nicht darum, Internationalisierung in Frage zu stellen. Es geht nicht darum, operative Entscheide der MCH Group zu kommentieren. Und es geht nicht um kulturpolitische Symbolik. Es geht um eine nüchterne, legitime Frage der Standortpolitik. Wie stellen wir sicher, dass Basel auch langfristig das Herz der Art Basel bleibt?

Basel verfügt über echte Standortvorteile, die nicht beliebig kopierbar sind. Ein zentrales Beispiel ist die Messeinfrastruktur. Formate wie Art Basel Unlimited sind in dieser Grössenordnung nur hier möglich. Diese Kombination aus Infrastruktur, Geschichte und internationaler Glaubwürdigkeit ist ein strategischer Asset und genau deshalb nicht selbstverständlich. Auch die ökonomische Bedeutung ist klar belegt. Eine unabhängige Studie zeigt, dass die Art Basel in Basel jährlich rund 340 Mio. Franken Umsatz generiert, eine Wertschöpfung von über 140 Mio. Franken schafft und fast 1'800 Arbeitsplätze sichert. Über 90% dieser Wertschöpfung bleiben in unserer Regierung. Das ist keine Symbolpolitik, das ist harte Standortökonomie.

Gleichzeitig ist wichtig festzuhalten, die Art Basel hat in den letzten Jahren sichtbar geliefert mit Investitionen in Willkommenskultur, Preisdisziplin bei Hotels, Öffnung in den Stadtraum, kostenlosen Angeboten und stärkerer lokaler Einbindung. Sie arbeitet aktiv an ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung, an ihrer sogenannten License to Operate. Dieser Anzug verlangt deshalb keine Vorleistung vom Staat, sondern ein politisches Commitment auf Augenhöhe. Der Kanton Basel-Stadt ist Miteigentümer der MCH Group. Daraus folgt keine operative Verantwortung, sehr wohl aber eine strategische Mitverantwortung. Der Anzug fordert den Regierungsrat auf, diese Rolle aktiv wahrzunehmen, über seine Vertretung im Verwaltungsrat, über den strukturierten Dialog mit zentralen Akteurinnen und Akteuren und über eine kohärente, abgestimmte Standortpolitik.

Wichtig ist mir, dieser Anzug ist bewusst offen und konstruktiv formuliert. Er schreibt keine Massnahmen vor, er verlangt keine Detailsteuerung. Er schafft aber die Grundlage dafür, dass wir diese Diskussion vorausschauend führen und nicht erst dann, wenn Fakten geschaffen sind. Ich erinnere gerne an die Basel World. Michela Seggiani hat es gesagt, die breite Unterstützung der Fraktionen zeigt, die Zukunft der Art Basel ist keine Parteifrage, sondern eine Frage des Selbstverständnisses unseres Standorts. Ich bitte Sie deshalb, diesem Anzug zuzustimmen und dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, Basel als zentralen Standort der Art Basel auch langfristig aktiv zu sichern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008181, 21.01.26 11:35:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 88 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen.

40. Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen

[21.01.26 11:35:54, 25.5497.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst



stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde

[21.01.26 11:36:18, 25.5513.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen

[21.01.26 11:36:48, 25.5511.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beantragt Ihnen, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicht, weil wir als SVP uns gegen Veloabstellplätze stellen, viele von uns sind selbst Velofahrer und brauchen auch Veloparkplätze, auch wenn ich hier jetzt mal die Platzeffizienz zumindest der Cargovelos etwas in Frage stelle, weil erfahrungsgemäss diese Cargovelos ja manchmal ganze Fahrspuren in Anspruch nehmen oder eben auch ganze Veloparkplätze für sich einnehmen. Die SVP stellt sich also nicht gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen, aber wir stellen uns ganz klar gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen auf Kosten der noch wenigen in der Stadt übrig gebliebenen Autoparkplätze. Und das ist die grosse Sorge, die wir haben, und das hat uns auch dazu bewogen, hier diesen Vorstoss abzulehnen, die Sorge oder auch die Erfahrung schon, das Wissen, dass hier die Veloparkplätze wieder auf Kosten des Autos geschaffen werden und das ist einfach problematisch.

Zudem empfinden wir auch den Vorstoss als unehrlich, denn die krasse Statistik zu diesen Velodiebstählen, das liegt nicht an den Abstellmöglichkeiten oder an den fehlenden Stangen, um die Velos festzumachen, sondern das liegt daran, dass wir eine sehr grenznahe Stadt sind und wir offene Grenzen haben. Man weiss und man hat Berichte gehabt und Leute haben mit Chips ihre Velos verfolgt, dass es genauso funktioniert, dass hier Kriminaltourismus über die Grenze kommt, die Velos einpackt und mitnimmt. Da sind die Stangen und mehr Festmachmöglichkeiten für die Velos nicht die Lösung, sondern ehrlicherweise müsste man hier nicht das Symptom behandeln, sondern man müsste die Ursache behandeln und hier die Grenzen besser schützen. Deshalb lehnen wir als SVP diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben das hohe Lied des Grenzschutzes gesungen. Können Sie mir sagen, warum im Vergleich mit anderen Städten, die auch grenznah sind, in Basel-Stadt deutlich, und zwar sehr deutlich, viel mehr Velos gestohlen werden als in vergleichbaren Städten?

Laetitia Block (SVP): Leider, und das ist sehr traurig, schwingen wir generell bei all diesen kriminaltouristischen und Kriminalstatistiken oben aus. Dagegen wehren wir uns und wir geben uns ja Mühe, aber sie machen leider nie mit.



Balz Herter, Grossratspräsident: Anzugsteller Harald Friedl hat das Schlusswort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Danke, dass es noch zu einer kleinen Diskussion kommt, sonst hätte ich ja nicht mehr allzu viel zu sagen gehabt. Gerade auf das Votum der Kollegin der SVP, ich habe nirgendwo geschrieben, es sollen Autoparkplätze oder andere Parkplätze aufgelöst werden. Jetzt wird ein bisschen gekichert da hinten, das können Sie vermuten, aber es ist nicht die Frage und nicht der Auftrag, den ich hier drin stelle. Sie haben ja gesagt, Sie sind für Veloparkplätze und das ist genau das, was ich fordere, warum stimmen Sie dem nicht zu? Ich bin ein bisschen verwirrt. Und auch was die Diebstähle betrifft, ja gut, dann stellen Sie wahrscheinlich Ihr Velo einfach unabgeschlossen irgendwo hin, weil es spielt ja keine Rolle, wir sind in der Grenzregion.

Ich habe mit diesem Anzug nicht nur die Velosicherheit im Auge gehabt oder im Hintergedanken, mir geht es auch noch in einer zweiten Folge darum, das Stadtbild ein bisschen zu bewahren. Ich beobachte sehr viele Velos, die wild abgestellt werden aus Mangel an sicheren Veloabstellplätzen. Die Leute montieren dann ihr Velo noch an die Signalpfosten, an Gitter, die im Strassenraum stehen. Da gibt es ein wildes Sammelsurium, das kennen Sie selber auch. Diese Velos, das muss ich jetzt auch zugeben, die stören mich und ich verspreche mir da ein bisschen auch eine Verbesserung, wenn es dann mehr gute Veloabstellplätze gibt, die für das gemacht sind, nämlich um die Velos abzustellen. Dieser Platz, der wird nämlich streitig gemacht von Leuten, die zum Beispiel mit einem Kinderwagen unterwegs sind, die mobilitätseingeschränkt sind, und das sind viele Leute hier im Kanton, das sind Leute, die im Rollstuhl sitzen, ein Rollator vor sich schieben müssen oder an Stöcken gehen. Ich denke auch an diese Leute bei diesem Vorstoss.

Ich denke, es ist ein Bedürfnis und ich bin auch der Meinung, dass der Kanton da mal einen Blick darauf werfen soll. Das mit dem Grenzschutz, da gibt es ja auch noch andere Vorstösse in diesem Parlament und ich denke, die gehen Hand in Hand und ich bitte Sie darum, meinen Vorstoss hier auch mit zu unterstützen und ich denke, das wird ja auch klappen. Von dem her bedanke ich mich bei Ihnen für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008185, 21.01.26 11:43:39]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

43. Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken

[21.01.26 11:43:44, 25.5495.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Franziska Stier.



Franziska Stier (BastA): Wir von BastA teilen die Problemanalyse des Anzugs, aber nicht seine Lösung. Unser Bildungssystem selektiert nach Geschlecht, nach sozialer Herkunft. Wir brauchen bildungspolitische Massnahmen, die echte Chancengleichheit ermöglichen. Wir von BastA stehen für eine ganzheitliche Bildungspolitik und die Gleichwertigkeit verschiedener Bildungswege und Bildungsbiografien und wir stellen uns gegen die frühen Leistungs- und Selektionslogiken, bei denen schon in der Primarschule aufs Zehntel genau berechnet wird, wie leistungsorientiert ein Kind ist. Darum stellen wir die Förderung der Begabung und eine partizipative Bildung ins Zentrum.

Die Primarschule ist ein Ort, an dem es um grundlegende Bildung geht, natürlich Lesen, Schreiben, Rechnen, aber eben auch soziales Lernen und Sozialkompetenz. Es geht auch um Demokratiebildung und Zukunftsvorstellungen. Insofern ist ein Lebensweltbezug in der Primarschule wichtig, aber eben nicht unter dem Primat der Arbeitsmarktlogik. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Idee einer stufengerechten beruflichen Orientierung auf der Primarschule nicht. Ist es wirklich nötig, dass wir die Primarschüler*innen bereits mit der beruflichen Orientierung konfrontieren? Können wir die Kinder zu diesem Zeitpunkt nicht einfach Feuerwehrfrau, Astronautin oder Krankenpfleger sein lassen? Berufswelten ja, Berufsorientierung im Sinne einer Steuerung, nein. Die Primarschule sieht bereits Zukunftstage vor. Es besteht also bereits ein Angebot.

Ein Ausbau und die gezielte Einbindung der Wirtschaft und ihrer Interessen in den Primarschulen, wie es der Anzug fordert, stellt aus unserer Sicht keine Lösung für die bestehende Bildungsselektion dar. Vielmehr sehen wir darin die Gefahr, dass Kinder zu früh auf berufliche Bahnen gedrückt werden, bevor sie ihre eigentlichen Fähigkeiten und Interessen greifentwickeln konnten. Chancengleichheit bedeutet eben nicht möglichst frühe Anpassungen an Arbeitsmarktlogiken. Frühere Berufsorientierung, wie sie der Anzug fordert, garantiert nicht, dass Kinder aus finanziell schwächeren Haushalten dieselben Chancen erhalten wie Kinder aus privilegierten Familien. Ohne begleitende sozialpolitische Massnahmen wie etwa kostenlose Angebote, gezielte Förderung oder Abbau von sprachlichen und strukturellen Barrieren setzen sich bestehende Ungleichheiten fort.

Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, den Eltern die umfassenden Möglichkeiten unseres Bildungssystems näher zu bringen und vielleicht braucht es hier tatsächlich mehr Aufklärungsarbeit, damit den Bedürfnissen der Kinder gedient wird. Aber die Interessen und die Einflussnahme der Wirtschaftslobby haben in der Primarschule wirklich nichts verloren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat sich gemeldet.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz, ich möchte ein Beispiel erwähnen. Gestern Abend haben wir mit der Primarschule Bruderholz und mit der Handelskammer für Sechstklässlerinnen und -klässler und ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer eine Veranstaltung zum Thema «Berufe kennenlernen» organisiert und unser Ziel war, schon um 20 Uhr aufzuhören, aber die Fragen der Kinder waren so viele, dass wir dann irgendwann 20.20 Uhr gesagt haben, jetzt müssen wir dann aufhören. Also ich weiss nicht, warum es ein Problem sein sollte, wenn die Kinder möglichst früh sich verschiedene Berufe vorstellen können und auch damit in Berührung kommen. Wir kämpfen ja auch dafür, dass alle einen Anschluss haben. Also ehrlich gesagt, für mich, jeder, der es verpasst hat, nach der Sek 1 einen Anschluss zu haben, kostet uns gesellschaftspolitisch, finanziell und sonst auf allen Ebenen sehr viel. Und daher verstehe ich nicht, warum Sie gegen diesen Anzug sind und ich wäre froh, wenn Sie es unterstützen könnten, und dann werden wir natürlich berichten, was möglich ist und was nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Barth mit dem Schlusswort.

Johannes Barth (FDP): Mit diesem Anzug setzen wir ein klares Zeichen. Wir wollen unsere Kinder frühzeitig spielerisch mit der Vielfalt ihrer Berufswelt in Kontakt bringen und damit einen Beitrag leisten zu einer chancengerechteren, realistischen, durchlässigen Bildungsbiografie für alle. Heute wissen wir, bereits im Primarschulalter formen Kinder erste berufliche Vorstellungen und diese sind leider oft zu stark durch Geschlechterrollen und soziale Herkunft geprägt.

Genau hier setzt unser Anliegen an. Es geht nicht darum, Kinder zu früh auf eine Laufbahn festzulegen. Es geht darum, ein breites offenes Mindset mitzugeben, bevor sich in der Sekundarschule Vorstellungen verfestigen, die Möglichkeiten unnötig einschränken. Wir alle kennen das Problem, in der 7. Klasse ist das Fenster der Offenheit für viele Jugendliche bereits kleiner geworden. Mädchen orientieren sich vermehrt Richtung akademische Wege, Jungen zu klassischen Rollenbildern. Gleichzeitig kennen viele Kinder nur jene Berufe, denen sie zufällig im Alltag begegnen. Das schränkt Lebenswege ein, bevor sie überhaupt beginnen.



Basel-Stadt braucht deshalb ein Konzept, das die Wirtschaft, die Schulen und die Eltern gemeinsam ins Boot holt. Ein Konzept, das auch zeigt, die Berufsbildung bietet attraktive, moderne, hochqualifizierte Wege, gerade auch in unserer Region mit ihrem vielfältigen Arbeitsmarkt und mit einem grossen Bedarf an Nachwuchskräften. Darum ist es entscheidend, die obligatorischen Elternabende zu nutzen, um sachlich und verständlich über die Stärken unseres Bildungssystems zu informieren und Eltern zu zeigen, dass der P-Zug nicht der einzige Weg zum beruflichen Erfolg ist. Die Berufsbildung eröffnet hervorragende Karrierechancen und sie verdient es, von Beginn weg mitbedacht zu werden. Ebenso wichtig ist die frühzeitige Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft, denn nur so kann Kindern und Eltern vermittelt werden, wie viele spannende Berufe es in Basel tatsächlich gibt und jene, die im Quartier oder im Kinderbuch nicht vorkommen.

Dieser Anzug verlangt nichts Unrealistisches, er verlangt eine Prüfung, eine Konzeptentwicklung und eine Koordination mit Basel-Landschaft. Das ist pragmatisch sinnvoll und finanziell überschaubar, aber mit grosser Wirkung. Wir geben unseren Kindern nichts vor, aber wir geben ihnen mehr Möglichkeiten, mehr Offenheit und mehr Zukunft. Darum bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung für diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008187, 21.01.26 11:52:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen

[21.01.26 11:52:22, 25.5512.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

45. Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen

[21.01.26 11:52:47, 25.5510.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 11:53:12, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heidi Mück hat beim Votum zur Motion Alioth unsere grundsätzliche Kritik am Bildungspaket aus der Feder des Gewerbeverbands und der Handelskammer zum Ausdruck gebracht. Trotzdem haben wir uns entschlossen, haben Sie ja vielleicht gemerkt, die diversen Vorstösse einzeln zu beurteilen. Bei diesem Anzug war es aber offensichtlich. Wir lehnen diesen entschieden ab, denn dieser bringt aus meiner Sicht die dahinterliegende Geisteshaltung der Arbeitgeberverbände wahrscheinlich am klarsten zum Ausdruck.

Es geht hier ganz klar um die Schwächung der FMS und um eine Beschränkung des Zugangs zu einer höheren Bildung mit der Idee, dass damit die Berufslehre aufgewertet werden kann. Das ist sehr gefährlich und klar der falsche Weg. Die FMS ist nach der obligatorischen Schulbildung eine der wichtigsten anschliessenden Schulen im Übergang zur Berufsbildung, und zwar in vielen unterschiedlichen beruflichen Feldern. Beispielsweise, das ist Ihnen sicher bekannt, für die dringend notwendigen Berufe in der Bildung wie Kindergärtnerin und Primarlehrerin. Der Lehrer*innenmangel ist Ihnen bekannt und wird sich auch in den kommenden Jahren akzentuieren. Eine Schwächung dieser Schule wäre also fatal für die jetzt schon fehlenden Lehrberufe.

Es gibt durchaus Probleme und offene Fragen bei der Berufsbildung, da gebe ich Ihnen recht, auch gerade in der höheren Fachausbildung. Weshalb hier beispielsweise in der sozialen Arbeit oder in der Pädagogik die Fachausbildungen sich vom Handwerk immer mehr distanzieren und eine universitäre Richtung angenommen haben, hinterfragen wir sehr wohl kritisch. Aber das ist nicht das Problem der FMS, sondern des jetzt bestehenden Bildungssystems und der Ausrichtung der FHNW. Auch die Berufslehre steht ebenso vor grossen Herausforderungen. Die Annahme, dass viele 15- bis 16-jährigen Jugendlichen schon wissen, welchen Beruf sie zeitlebens ausführen werden und deswegen die entsprechende zwei- bis vierjährige Berufslehre absolvieren, gilt heute einfach nicht mehr. Aber es galt auch schon nicht zu meiner Zeit. Als ich die Lehre gemacht habe, wusste ich einfach, ich gehe nicht in einen handwerklichen Beruf, aber eigentlich ist alles noch offen, also mache ich das KV, da bist du mal gut aufgestellt für alles, was danach kommt. Also es ist schon immer ein Problem gewesen, aber das hat sich ein wenig sicher verschoben.

Zudem sind die Bedingungen in der Berufslehre auch nicht nur rosig. Der Lohn ist gar nicht so entscheidend, sondern die nicht altersentsprechenden Ausbildungsbedingungen. Dies betrifft Ferien, genügend Zeit haben für die schulischen Anforderungen, die immer höher auch werden, persönliche Unterstützung und Wertschätzung durch den Ausbildungsbetrieb, das gibt es sehr wohl, aber auch nicht bei allen, und die Bereitschaft, auch mal einen schulisch etwas schwächeren Lehrling auszubilden, als ein grosses Rating zu machen und dann vielleicht einen Lehrling aus dem Kanton Aargau anzustellen.

Die FMS ist für die Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis 18 Jahren einer der wichtigsten Schulen in unserer Stadt. Sie ist beliebt, viele wollen dorthin und der Selektionsdruck ist jetzt schon sehr hoch. Diese noch weiter zu erhöhen bzw. das Angebot einzuschränken, macht überhaupt keinen Sinn. Alle diejenigen hier im Saal, die Kinder in diesem Alter haben oder hatten, werden mir beipflichten, dass gerade dieses Alter geprägt ist von sehr vielen grossen Fragen und Unsicherheiten und die haben sicher in den letzten Jahren nicht abgenommen.

Und was die Abbruchquote betrifft, können Sie sich auch ein wenig entspannen. Abbrüche in den nachobligatorischen Schulen oder in der Lehre sind nicht per se eine Katastrophe, sondern auch Ausdruck einer Gesellschaft, die sich wandelt und einen erhöhten Leistungsanspruch hat, der auch immer wieder mal überfordert. Biografische Entscheidungen haben sich deutlich nach hinten verschoben. Vielleicht wäre es einfach mal an der Zeit, dies anzuerkennen. Nicht erst seit Bourdieu wissen wir, Schule reproduziert soziale Ungleichheit, kleines Zitat: «Von unten bis ganz nach oben funktioniert das



Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin, auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind».

Also die FMS zu schwächen bzw. den Druck noch weiter zu erhöhen, führt unmittelbar dazu, dass Jugendliche aus bildungsfernen Familien in einem sehr wichtigen Altersabschnitt von Bildungsaufstiegschancen ausgeschlossen werden. Wer diesem Anzug zustimmt, nimmt dieses zumindest auch ein wenig in Kauf. Deshalb, geschätzte Bildungspolitiker*innen hier im Saal, unabhängig welcher Fraktion Sie angehören, lehnen Sie diesen Anzug bitte ab. Sie stärken die Berufsbildung nicht, wenn Sie diesen Anzug überweisen, im Gegenteil, Sie schwächen ihn sogar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich werde die Sitzung jetzt unterbrechen, da Herr Atici noch redet und Frau Brandenburger und schlussendlich noch Herr Thüring.

Schluss der 49. Sitzung

11:58 Uhr